

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1925

243 (20.10.1925)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Musikstunde“ und „Volk und Zeit“ (mit Bildern)

Bezugspreis: halbjährlich 1.40 mit 90 S ohne Zustellung. Einzelpreis 10 S, Samstags 15 S. — Anzeigen: die einsp. Kolonnenzeile 22 S, auswärts u. Kollektivans. 28 S, Restame 1.40. Annahmestunde 8 Uhr vorm.

Ausgabe: Mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Kuffnerstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 461.

Schriftleitung: Georg Schöpslin; für die Redaktion verantwortlich: Hermann Kadel; für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Druck und Verlag der Verlagsdruckerei Volkshfreund G. m. b. H., Jämtische in Karlsruhe.

Der Vertrag von Locarno

Das Schlussprotokoll

Die Vertreter der deutschen, belgischen, britischen, französischen, italienischen, polnischen und tschechoslowakischen Regierung, die vom 5. bis zum 18. Oktober 1925 in Vaorno vereinigt waren, um gemeinsam die Mittel zum Schluß der Arbeit vor der Eröffnung des Friedensvertrages zu suchen und für die friedliche Regelung von Streitigkeiten jeglicher Art, die etwa zwischen einigen von ihnen entstehen könnten, zu sorgen, haben ihre Zustimmung zu den Entwürfen der sie betreffenden Verträge und Abkommen gegeben, die im Laufe der gegenwärtigen Konferenz ausgearbeitet worden sind und sich aufeinander beziehen:

Vertrag zwischen Deutschland, Belgien, Frankreich, Großbritannien und Italien (Anlage A).

Schiedsvertrag zwischen Deutschland und Belgien (Anlage B).

Schiedsvertrag zwischen Deutschland und Frankreich (Anlage C).

Schiedsvertrag zwischen Deutschland und Polen (Anlage D).

Schiedsvertrag zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei (Anlage E).

Diese Urkunden, die schon jetzt „ne variatur“ paraphiert wurden, sollen das heutige Datum tragen. Die Vertreter der beteiligten Parteien vereinbarten, am 1. Dezember d. J. in London zusammenzutreten, um in einer Sitzung die förmliche Unterzeichnung der sie betreffenden Urkunden vorzunehmen. Der französische Minister der auswärtigen Angelegenheiten macht Mitteilung davon, daß im Anschluß an die oben erwähnten Entwürfe von Schiedsverträgen Frankreich, Polen und die Tschechoslowakei in Vaorno gleichfalls Entwürfe zu Abkommen aufgestellt haben, um sich gegenseitig den Nutzen dieser Verträge zu sichern. Diese Abkommen werden rechtzeitig beim Völkerbund hinterlegt werden. Herr Briand stellt aber schon jetzt Absichten dar, sich von den hier vertretenen Mächten. Der großbritannische Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten schlägt vor, daß zur Beantwortung gewisser von deutschen Reichsminister und Außenminister gestellter Fragen nach Auffassung des Artikels 16 der Völkerbundsatzung das im Entwurf hier gleichfalls angelegte Schreiben (Anlage F) gleichzeitig mit der förmlichen Unterzeichnung der oben erwähnten Urkunden an sie gerichtet wird. Dieser Vorschlag wird angenommen.

Die Delegierten der hier vertretenen Regierungen erklären ihre feste Überzeugung, daß die Inkraftsetzung dieser Verträge und Abkommen in hohem Maße dazu beitragen wird, eine moralische Entspannung zwischen den Parteien herbeizuführen, daß sie die Lösung vieler politischer und wirtschaftlicher Probleme begünstigen wird, und daß sie durch die Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa das geehrteste Mittel sein wird, in wirksamer Weise die in Artikel 8 der Völkerbundsatzung vorgesehene Entlastung zu beschleunigen. Sie verpflichten sich, an den vom Völkerbund bereits aufzunehmenden Arbeiten hinsichtlich der Entlastung aufrichtig mitzuwirken und die Beweiskraft der Entlastung in einer allgemeinen Verständigung auszuführen.

Geschehen zu Vaorno am 16. Oktober 1925.

Dr. Luther, Stresemann, Emile Banderfeld, A. Briand, Austen Chamberlain, Benito Mussolini, W. Stronski, Dr. Eduard Beneš.

Anlagen zum Schlussprotokoll von Locarno

Anlage A

Artikel 1. Der deutsche Reichspräsident, S. M. der Königin der Belgier, der Präsident der französischen Republik, S. M. der Königin des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland und des überseeischen britischen Landes, Kaiser von Indien, und S. M. der Königin von Italien sind beauftragt, dem Wunsch nach Sicherheit und Schutz zu genügen, der die Völker befehle, die unter der Geißel des Krieges von 1914 bis 1918 zu leiden geblieben sind.

Im Hinblick auf die Tatsache, daß die Verträge zur Neutralisierung Belgiens hinsichtlich der Gebiete in dem Gebiete zu sichern, das so oft der Anlaß der europäischen Konflikte gewesen ist, in gleicher Weise befehle, von dem aufrichtigen Wunsch aller beteiligten Signatarmächte, im Rahmen der Völkerbundsatzung und der zwischen ihnen in Kraft befindlichen Verträge ergänzende Garantien zu gewähren, haben sie beschlossen, zu diesem Zweck einen Vertrag zu schließen und haben zu demselben Zweck ernannt: (sollen die Namen der Delegierten). Diese sind, nachdem sie Vollmachten ausgetauscht und in gehöriger Form gefunden haben, über folgende Bestimmungen übereingekommen:

Artikel 1. Die hohen vertragschließenden Teile garantieren jeder für sich und insgesamt in der in folgenden Artikeln bestimmten Weise die Unverletzlichkeit des sich aus den Grenzen zwischen Deutschland und Belgien und zwischen Deutschland und

Frankreich ergebenden territorialen Status quo, die Unverletzlichkeit dieser Grenzen, wie sie durch den in Versailles am 28. Juni 1919 unterzeichneten Friedensvertrag oder in dessen Ausführung festgelegt sind, sowie die Beobachtung der Bestimmungen der Artikel 42 und 43 des bezeichneten Vertrags über die entmilitarisierte Zone.

Artikel II. Deutschland und Belgien und ebenso Frankreich und Frankreich verpflichten sich gegenseitig, in keinem Falle zu einem Angriff oder zu einem Einfall oder zu einem Krieg irgendwie zu schreiten. Diese Bestimmungen finden jedoch keine Anwendung, wenn es sich handelt:

- 1. um die Ausübung des Rechts zur Verteidigung, d. h. des Rechts zum Widerstand gegen eine Verletzung der Verpflichtung des vorliegenden Abkommens, oder gegen eine flagranten Verletzung gegen Artikel 42 und 43 des Vertrages von Versailles, sofern ein solcher Vorstoß eine nichtprovokierte Angriffsaktion darstellt oder wenn die Zusammenziehung von Streitkräften in der demilitarisierten Zone ein sofortiges Handeln erfordert;
- 2. um eine Aktion aufgrund des Artikels 16 der Völkerbundsatzung;
- 3. um eine Aktion, die aufgrund einer Entscheidung der Versammlung oder des Rates des Völkerbundes oder aufgrund des Artikels 15, Absatz 7 der Völkerbundsatzung erfolgt, vorausgesetzt, daß die Aktion in diesem letzten Falle gegen den Staat, der zuerst zum Angriff geschritten ist, unternommen wird.

Im Hinblick auf die von ihnen in Artikel II beiderseits übernommenen Verpflichtungen verpflichten sich Deutschland und Belgien, sowie Deutschland und Frankreich, auf friedlichem Wege, und zwar in vollem Maße alle Fragen jeglicher Art zu regeln, die sie etwa entwerfen, oder die nicht auf dem Wege des gewöhnlichen diplomatischen Verfahrens gelöst werden können. Alle Fragen, in denen die Parteien über ihre beiderseitigen Rechte im Streit sind, sollen Richter unterbreitet werden, deren Entscheidung zu befolgen die beiden Parteien sich verpflichten. Jede andere Frage ist einer Beilegungskommission zu unterbreiten. Wird der von dieser Kommission vorgeschlagene Regelung nicht von beiden Seiten angenommen, so ist die Frage vor den Völkerbundrat zu bringen, der gemäß Art. 15 der Völkerbundsatzung befindet. Die Einzelheiten dieser Methode friedlicher Regelung bilden den Gegenstand besonderer Abkommen, die am heutigen Tage unterzeichnet worden sind.

Artikel III. In Hinblick auf die von ihnen in Artikel II beiderseits übernommenen Verpflichtungen verpflichten sich Deutschland und Belgien, sowie Deutschland und Frankreich, auf friedlichem Wege, und zwar in vollem Maße alle Fragen jeglicher Art zu regeln, die sie etwa entwerfen, oder die nicht auf dem Wege des gewöhnlichen diplomatischen Verfahrens gelöst werden können. Alle Fragen, in denen die Parteien über ihre beiderseitigen Rechte im Streit sind, sollen Richter unterbreitet werden, deren Entscheidung zu befolgen die beiden Parteien sich verpflichten. Jede andere Frage ist einer Beilegungskommission zu unterbreiten. Wird der von dieser Kommission vorgeschlagene Regelung nicht von beiden Seiten angenommen, so ist die Frage vor den Völkerbundrat zu bringen, der gemäß Art. 15 der Völkerbundsatzung befindet. Die Einzelheiten dieser Methode friedlicher Regelung bilden den Gegenstand besonderer Abkommen, die am heutigen Tage unterzeichnet worden sind.

Artikel IV. 1. Ist einer der hohen vertragschließenden Teile der Ansicht, daß eine Verletzung des Art. 2 des gegenwärtigen Vertrages oder ein Verstoß gegen die Art. 42 oder 43 des Vertrages von Versailles beanstanden worden ist oder beanstanden wird, so wird er die Frage sofort vor den Völkerbund bringen. 2. Sobald der Völkerbundrat festgestellt hat, daß eine solche Verletzung beanstanden worden ist, setzt er dies unverzüglich den Signatarmächten des gegenwärtigen Vertrages an und jede von diesen verpflichtet sich, in jedem Falle der Macht, gegen die sich die beanstandete Handlung richtet, sofort ihren Beistand zu gewähren. Im Falle einer flagranten Verletzung des Art. 2 des gegenwärtigen Vertrages oder eines flagranten Verstoßes gegen Art. 42 oder 43 des Vertrages von Versailles durch einen der hohen vertragschließenden Teile verpflichtet sich schon jetzt jeder der anderen vertragschließenden Mächte, sobald ihr erkennbar geworden ist, daß diese Verletzung oder dieser Vorstoß eine nicht provokierte Angriffsaktion darstellt, und daß im Hinblick auf die Unverletzlichkeit der Grenzen, sei es auf die Erfüllung der Friedenspflichten oder die Zusammenziehung von Streitkräften in der entmilitarisierten Zone ein sofortiges Handeln geboten ist, demjenigen Teile gegenüber, gegen den eine solche Verletzung oder ein solcher Vorstoß gerichtet worden ist, sofort ihren Beistand zu gewähren. Dessen ungeachtet wird der gemäß Art. 1 des gegenwärtigen Artikels mit der Frage beauftragte Völkerbundrat das Ergebnis seiner Feststellungen bekannt geben. Die hohen vertragschließenden Teile verpflichten sich, in solchem Falle nach Maßgabe der Empfehlungen des Rates zu handeln, die alle Stimmen, mit Ausnahme derjenigen Vertreter der in der Feindschaften verstrittenen Teile, auf sich vereinigen haben.

Artikel V. Die Bestimmungen des Art. 3 des gegenwärtigen Vertrages werden in nachstehender Weise unter der Garantie der hohen vertragschließenden Teile gestellt: Wenn sich eine der im Art. 3 genannten Mächte weigert, das Verfahren zur friedlichen Regelung zu befolgen oder eine schiedsgerichtliche oder richterliche Entscheidung auszuführen, also eine Verletzung des Art. 2 des gegenwärtigen Vertrages oder einen Verstoß gegen Art. 42 oder 43 des Friedens von Versailles begeht, so findet die Bestimmung des Art. 4 Anwendung. Falls eine der im Art. 3 genannten Mächte, ohne eine Verletzung des Art. 2 des gegenwärtigen Vertrages oder einen Verstoß gegen Art. 42 oder 43 des Friedens von Versailles zu begehen, sich weigert, das Verfahren zur friedlichen Regelung zu befolgen oder eine schiedsgerichtliche oder richterliche Entscheidung auszuführen, so wird der andere Teil die Angelegenheit vor den Völkerbundrat bringen, der die zu ergreifenden Maßnahmen vorschlagen wird. Die hohen vertragschließenden Teile werden diese Vorschläge befolgen.

Artikel VI. Die Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages (siehe die Rechte und Pflichten unberührt, die sich für die vertragschließenden Teile aus dem Vertrag von Versailles sowie aus den ergänzenden Vereinbarungen, einschließlich der in London am 30. 8. 24 unterzeichneten, ergeben.

Artikel VII. Der gegenwärtige Vertrag, der der Sicherung des Friedens dienen soll und der Völkerbundsatzung entspricht, kann nicht so ausgelegt werden, als beschränke er die Aufgaben des Völkerbundesrates, die zur wirksamen Wahrung des Weltfriedens geeigneten Maßnahmen zu ergreifen.

Artikel VIII. Der gegenwärtige Vertrag gemäß der Völkerbundsatzung beim Völkerbund einzutragen werden. Er bleibt dagegen solange in Kraft, als der Rat auf den drei Monate vorher den anderen Signatarmächten ankündigenden Antrag einer der hohen vertragschließenden Teile mit einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der Stimmen feststellt, daß der Völkerbund den hohen vertragschließenden Teilen hinreichende Garantien nicht bietet. Der Vertrag tritt alsdann nach Ablauf einer Frist von einem Jahr außer Kraft.

Artikel IX. Der gegenwärtige Vertrag soll keinem der britischen Dominions noch Indien irgendeine Verpflichtung auferlegen, es sei denn, daß die Regierung des Dominions oder Indiens anzeigt, daß sie diese Verpflichtungen übernimmt.

Artikel X. Der gegenwärtige Vertrag soll ratifiziert werden und die Ratifikationsurkunden sollen sobald wie möglich in Genf im Archiv des Völkerbundes hinterlegt werden. Er soll in Kraft treten, sobald alle Ratifikationsurkunden hinterlegt und Deutschland Mitglied des Völkerbundes geworden ist. Der gegenwärtige Vertrag in einem einzigen Exemplar ausgefertigte Verträge soll im Archiv des Völkerbundes hinterlegt werden, dessen Generalsekretär gebeten wird, jedem der hohen vertragschließenden Teile beglaubigte Abschriften auszustellen. Zu Urkund dessen haben die eingangs genannten Bevollmächtigten den gegenwärtigen Vertrag unterzeichnet. Geschehen in Locarno am 16. Oktober 1925.

Artikel XI. Die mit gehöriger Vollmacht versehenen Unterzeichneten, von ihren Regierungen beauftragt, die Einzelheiten des Vertrages festzusetzen, wonach, soweit dies in Art. 3 des heute zwischen Deutschland, Belgien, Frankreich, Großbritannien und Italien abgeschlossenen Vertrages vorgesehen ist, zur friedlichen Lösung aller Fragen geschritten werden soll, die durch gültige Übereinkommen zwischen Deutschland und Belgien nicht gelöst werden können, sind über die nachfolgenden Bestimmungen übereingekommen:

Artikel 1. Alle Streitfragen jeglicher Art zwischen Deutschland und Belgien, bei denen die Parteien über ihre gegenseitigen Rechte im Streit sind und die nicht auf dem Wege des gewöhnlichen diplomatischen Verfahrens gütlich geregelt werden können, sollen in der nachfolgenden bestimmten Weise, sei es einem Schiedsgericht, sei es einem ständigen internationalen Gerichtshof zur Entscheidung unterbreitet werden. Es besteht Einverständnis darüber, daß die vorstehend erwähnten Streitfragen namentlich diejenigen umfassen, die in Art. 13 der Völkerbundsatzung aufgeführt sind. Diese Bestimmungen finden keine Anwendung auf Streitfragen, die aus Tatsachen entspringen sind, die zeitlich vor diesem Abkommen liegen oder der Vergangenheit angehören. Die Streitfragen, für deren Lösung in dem zwischen Deutschland und Belgien in Geltung befindlichen Abkommen ein besonderes Verfahren vorgesehen ist, werden nach Maßgabe der Bestimmungen dieser Abkommen geregelt.

Artikel 2. Vor jedem Schlichtungsverfahren und vor jedem Verfahren bei dem ständigen internationalen Gerichtshof kann die Streitfrage durch Vereinbarung der Parteien zur Verhinderung eines Vergleichs einer ständigen Kommission, genannt „ständige Vergleichskommission“, unterbreitet werden, die gemäß dem gegenwärtigen Abkommen gebildet wird.

Artikel 3. Handelt es sich um eine Streitfrage, deren Gegenstand nach der inneren Gesetzgebung einer der Parteien zur Zuständigkeit ihrer Landesgerichte gehört, so wird der Streitfall dem im gegenwärtigen Abkommen vorgesehenen Verfahren erst dann unterworfen, wenn das innerhalb einer angemessenen Frist von der zuständigen Gerichtsbehörde des Landes erlassene Urteil die Rechtskraft erlangt hat.

Artikel 4. Die in Art. 2 vorgesehene ständige Vergleichskommission besteht aus fünf Mitgliedern, die wie folgt bestellt werden: Die deutsche und die belgische Regierung ernennen je einen Kommissar ihrer Staatsangehörigkeit. Sie wählen die drei übrigen Kommissare in gegenseitigem Einvernehmen unter den Staatsangehörigen dritter Mächte. Diese drei Kommissare

... müssen von verschiedener Staatsangehörigkeit sein. Aus ihrer Mitte bezeichnen die deutsche und die belgische Regierung den Vorsitzenden der Kommission. Die Kommissare werden für drei Jahre ernannt. Ihre Wiederernennung ist zulässig.

Die ständige Vergleichskommission wird innerhalb drei Monaten nach dem Inkrafttreten des gegenwärtigen Abkommens gebildet. Erloht die Berufung der gemeinsamen ständigen Kommission nicht innerhalb des genannten Zeitraumes oder im Falle der Erkrankung nicht innerhalb von drei Monaten nach Freiwerden der Stelle, so wird in Ermangelung anderweitiger Vereinbarung der Bundespräsident gebeten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen.

Die Parteien werden vor der ständigen Vergleichskommission durch Agenten vertreten, die als Mittelspersonen zwischen ihnen und der Kommission zu dienen haben. Sie können sich außerdem der Hilfe von Beiräten und Sachverständigen, die sie zu diesem Zwecke ernennen, bedienen und die Berechnung aller Personen verlangen, deren Zeugnis ihnen nützlich erscheint. Die Kommission ist überseits befugt, von den Agenten, Beiräten und Sachverständigen der beiden Parteien, sowie von allen Personen, die sie mit Zustimmung ihrer Regierung vorzuladen für zweckmäßig erachtet, Erläuterungen zu verlangen.

Soweit das gegenwärtige Abkommen nichts anderes bestimmt, werden die Entscheidungen der ständigen Vergleichskommission mit Stimmenmehrheit getroffen.

Die deutsche und die belgische Regierung verpflichten sich, die Arbeiten der ständigen Vergleichskommission zu fördern und ihr insbesondere in möglichst weitem Maße alle zweckdienlichen Urkunden und Auskünfte zu liefern.

Für die Dauer der Arbeiten der ständigen Vergleichskommission erhält jeder der Kommissare eine Vergütung, deren Höhe von der deutschen und der belgischen Regierung gemeinsam festgesetzt und die von beiden Parteien je zur Hälfte getragen wird.

Kommt es vor der ständigen Vergleichskommission nicht zu einem Vergleich, so wird die Streitfrage mittels einer zu vereinbarenden Schiedsordnung unterbreitet: entweder dem ständigen internationalen Gerichtshof gemäß den in seinem Statut vorgesehenen Bedingungen und Verfahrensvorschriften, die im Haager Abkommen zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfragen vom 18. Okt. 1907 vorgegeben sind. Können die Parteien über die Schiedsordnung nicht einig sein, so ist jede von ihnen, nachdem sie dies einen Monat vorher angekündigt hat, befugt, die Streitfrage durch einen Antrag unmittelbar vor den ständigen internationalen Gerichtshof zu bringen.

Teil II

Alle Fragen, über die die deutsche und die belgische Regierung einig sind, ohne die die deutschen diplomatischen Wege nützlich regeln zu können, und bei denen nicht gemäß Artikel I des gegenwärtigen Abkommens die Lösung durch Richterpruch erlangt werden kann, werden falls für ihre Regelung nicht schon durch andere zwischen den Parteien geltende Abkommen ein Verfahren vorgegeben ist, der ständigen Vergleichskommission unterbreitet. Diese hat die Aufgabe, den Parteien eine annehmbare Lösung vorzuschlagen, und, falls sie ihnen Bericht zu erstatten. Das in den Artikeln 6 bis 15 des gegenwärtigen Abkommens vorgesehene Verfahren findet Anwendung.

Wenn sich die Parteien nicht innerhalb eines Monats nach Abschluß der Arbeiten der ständigen Vergleichskommission verständigt haben, wird die Frage durch Antrag einer der Parteien vor dem Völkerbundsrat gebracht, der gemäß Artikel 15 der Völkerbundsatzung zu befinden hat.

Allgemeine Bestimmungen

In allen Fällen, und namentlich dann, wenn die zwischen den Parteien strittige Frage aus bereits vollzogenen oder unmittelbar bevorstehenden Handlungen hervorgeht, wird die ständige Vergleichskommission, oder falls diese nicht mit der Angelegenheit befaßt ist, das Schiedsgericht oder der ständige internationale Gerichtshof — so schnell wie möglich anordnen, welche vorläufigen Maßnahmen zu treffen sind. Es ist Sache des Völkerbundsrats, wenn er mit der Frage befaßt wird, gleichfalls vorläufige Maßnahmen anzuordnen.

Die deutsche und die belgische Regierung verpflichten sich, diese Anordnungen zu befolgen und sich jeder Maßnahme zu enthalten, die eine nachteilige Auswirkung auf die Ausführung der Entscheidung oder der von der ständigen Vergleichskommission oder dem Völkerbundsrat vorgeschlagenen Regelung haben könnte, und allgemein ideale Handlungen zu vermeiden, die geeignet wären, die Streitigkeiten zu verschärfen oder auszuweiten.

Das gegenwärtige Abkommen gelangt zwischen Deutschland und Belgien auch dann zur Anwendung, wenn andere Mächte gleichfalls an dem Streitfall beteiligt sind.

Das gegenwärtige Abkommen soll ratifiziert werden. Die Ratifikationsurkunden sollen gleichzeitig mit den Ratifikationsurkunden des heute nachteiligen Deutschland, Belgiens, Frankreichs, Großbritanniens und Italiens abgeschlossenen Vertrages in Genf beim Völkerbund hinterlegt werden. Für das Inkrafttreten des Abkommens und seine Geltungsdauer gilt das Gleiche wie für den genannten Vertrag. Das gegenwärtige in einem einzigen Exemplar angefertigte Abkommen soll im Archiv des Völkerbundes hinterlegt werden, dessen Generalsekretär gebeten wird, jeder der beiden vertragschließenden Regierungen beglaubigte Abschriften zuzustellen.

Geschehen zu Locarno am 16. Oktober 1925. Stresemann, E. Vanderveelde.

Anlagen zum Schlußprotokoll von Locarno

Anlage C

Diese Anlage enthält den Entwurf des Schiedsabkommens zwischen Deutschland und Frankreich, der mit dem als Anlage B bezeichneten Entwurf des Schiedsabkommens zwischen Deutschland und Belgien genau übereinstimmt.

Anlage D

Der deutsche Reichspräsident und der Präsident der Republik Polen, gleichermäßen entschlossen, den Frieden zwischen Deutschland und Polen aufrechtzuerhalten, indem sie die fried-

liche Regelung der zwischen beiden Ländern etwa entstehenden Streitigkeiten sichern, im Hinblick auf die Tatsache, daß die internationalen Gerichte auf der Achtung der Völker beruhen, und aus dem Völkerbund sich ergebenden Rechte vertritt, sind einig darin, daß die Rechte eines Staates nur mit seiner Zustimmung geändert werden können, und in der Erwägung, daß die aufrichtige Beobachtung des Verfahrens zur friedlichen Regelung internationaler Streitigkeiten die Möglichkeit gibt, ohne Anwendung der Gewalt die Fragen zu lösen, die die Staaten etwa entzweiten könnten, haben beschließen, ihre gemeinsamen Absichten in dieser Hinsicht in einem Vertrage zu verwirklichen und haben zu Beschlüssen ausgetauscht und in guter und schöner Form gefunden haben, über folgende Bestimmungen übereingekommen sind:

Artikel 1 bis 20 des Entwurfes des deutsch-polnischen Sicherheitsvertrages entsprechen genau den Artikeln 1-20 des vorstehenden als Anlage B wiedergegebenen Entwurfes des deutsch-belgischen Schiedsabkommens.

Der gegenwärtige Vertrag, der der Völkerbundsatzung entspricht, berührt nicht die Rechte und Verpflichtungen der hohen vertragschließenden Teile in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Völkerbundes und soll nicht so ausgelegt werden, als ob er die Aufgabe des Völkerbundes beschränke, zur wirksamen Wahrung des Weltfriedens geeignete Maßnahmen zu ergreifen.

Für das Inkrafttreten des Vertrages und seine Geltungsdauer gilt das Gleiche wie für die vorgenannten Verträge. Geschehen zu Locarno, 16. Oktober 1925. (Folgen Unterschriften.)

Anlage E

Diese Anlage enthält den Entwurf des Schiedsvertrages zwischen Deutschland und der Tschecho-Slowakei, der genau dem vorstehenden als Anlage D wiedergegebenen Entwurf des deutsch-polnischen Schiedsvertrages entspricht.

Anlage F

Die deutsche Delegation hat gewisse Klarstellungen hinsichtlich des Artikels 16 der Völkerbundsatzungen verlangt. Wir sind nicht zuständig, im Namen des Völkerbundes zu sprechen. Wir ärgern aber nicht, nach den in der Versammlung und in den Kommissionen des Völkerbundes bereits geflogenen Beratungen und nach den zwischen uns ausgetauschten Erläuterungen die Auslegung mitzuteilen, die wir unserseits dem Artikel 16 geben:

Nach dieser Auslegung sind die für die Bundesmitarbeiter der aus Artikel 16 ergebenden Verpflichtungen so zu verstehen, daß jeder der Mitgliedsstaaten des Völkerbundes gehalten ist, lokal und wirksam mitzuwirken, um der Sabotage Abhilfe zu verschaffen und um jeder Anarchohandlung entgegenzutreten in einem Maße, das mit seiner militärischen Lage verträglich ist und das seiner geographischen Lage Rechnung trägt.

Die reaktionäre Schreckensherrschaft in Bulgarien

Hermann Wendel schreibt darüber u. a.: Als vor bald einem halben Jahrhundert Gladstone seine berühmte Schrift „Bulgarien horros“ oder „Bulgarische Greuel“ in die Welt warf, handelte es sich um die Unmenslichkeiten, die Frauen, Kinder, Greise zu Tausenden blutigmachten, die Tierten an ihren bulgarischen Untertanen begingen. Heute damit wieder das Blut von „Bulgarien horros“ zum Himmel, aber den Osmanen ist bei diesem schauerlichen Schauspiel keine Rolle zugewiesen; vielmehr sind es Bulgaren, die Bulgaren mürren — zu Hunderten, zu Tausenden. Da die bürgerliche Presse Deutschlands, sei es aus Gesinnungsgemeinschaft mit den Sozialisten, sei es aus Rücksicht auf den Bundesgenossen von gestern über die Greuel des bulgarischen Bürgerkrieges, soweit sie nicht von Kommunisten verübt werden, schon einig hinwegschaut, ist es ein Verdienst der „Bulgarischen Liga für Menschenrechte, in einer Denkschrift „Bulgariens Blutstrom“ die Gemissen gegen das aufzurufen, was Tag für Tag im Lande Jankows durch Werzow an Schrecken geschieht. Ob es dabei mit den Zahlen der von der Reaktion hingemordeten überall seine Richtigkeit hat, mag ruhig dahingestellt bleiben; je mehr man sich dem Orient nähert, desto mehr verlieren Ziffern ihren objektiven Wert. Aber ob seit dem 9. Juli 1923, dem Tage, da ein Staatsstreich die Bauernpartei Stamboulistis vom Stuhl der Macht stieß und das „Generals- und Professorenkabinett“ Jankow auf den Schild hob, 25 000, ob „nur“ 18 000 Widerläufer der neuen Regierung niedergemetzelt wurden, ob noch weniger, ist am Ende nebensächlich; bestehen bleibt das mit Blut gepinnete Kolossalgemälde wilden Wütens gegen einen großen Teil des bulgarischen Volkes mit Einfrierung und Gasen, mit Folterungen, mit „Selbstmorden“ im Gefängnis, mit Erschießungen „auf der Flucht“.

Die selben Fieber, die für die Jankowistische Gegenrevolution schrieben, haben freilich die bulgarische demokratische Regierung am Ruder. Sie, Gemis, durchaus demokratisch ist sie, aufs Haar genau so demokratisch wie die Herrschaft Jusufinis in Italien und Sorktys in Ungarn, nur das Jankows Methoden noch um einige Grade kaffanischer, besser affektischer sind. Und nicht, daß die Politik sinnlos roher Gewalt sich milderte und jähtigte, je mehr Stimmen sich auch aus dem Lande selbst gegen sie erheben; nein, desto sinnloser und roher tobt sie sich aus, je mehr sie den Boden unter den Füßen entgleiten fühlt. Die Zeit ist längst dahin, da die bürgerlichen Parteien ziemlich geschlossen hinter Jankow standen. Die Anhänger Malinows und Kofurkows, Demokraten und Radikale also, sind abgehängt und auch im Blut der „Demokratischen Uebereinkunft“ ährt es. Was noch zu Jankow hält, ist außer einer dünnen Kapitalistenkaste die Offizierskaste und die Organisation der „Maledonieren“, beides Verbände, die den blutigen Terror gegen den politischen Andersgläubigen wahrhaftig nicht nur predigen.

Bermischtes

Rossige Nägel

Einer der härtesten Männer unserer Zeit, der Schwergewichtsartikler Breitbart — übrigens ein Jude, es gibt also auch unter den Juden Schwerarbeiter und Männer in Kraft und Schönheit —, der mit Leichtigkeit eine ganze Kompanie Stahelmleutnants vor sich hergejagt hätte, ist einem kleinen jüdischen Objekt vom Ower gefallen. Ein rossiger Nagel war ihm tief in den Oberschenkel gedrungen. Die Folge war eine Blutvergiftung, der der als Artillier unerreichte, als Mensch durch seine feste Hilfsbereitschaft unergiebliche Mann erlag. Ein rossiger Nagel! Die Warnung, sich vor ihm in acht zu nehmen, ist so oft ausgesprochen worden, als daß man sie noch zu wiederholen braucht. Sie gilt aber fast immer

benen, die am wenigsten von so einem rossigen Nagel bedroht werden. Jenen friedlichen Existenzen, die ihr rüstiges Manesalter in der wärmenden Sonne einer Staatspension verbringen und nun zum Schrecken aller Hausbewohner von früh bis spät mit Hammer, Zange und Säge im Haus herumgeistern. Jenen Kennerinnen geistig-politisch summiert und demitst, förmlich aber durchaus auf der Höhe, die in aller Vorhut, bevor sie ein Stückchen Holz ansetzen, sagen: „Um, um, sollte da nicht — hm — vielleicht — so ein rossiges Vieh verborgen sein?“

Was aber tun die hunderttausend, die Millionen, die täglich mit Holz und Eisen und Nägeln berufsmäßig umgeben müssen? Sie wissen ganz genau, daß ihnen aus einem rossigen Nagel der Tod drohen kann. Aber wer kann die nötige Vorsicht üben? „Zureifen, anpacken, arbeiten, arbeiten!“ ist die tägliche Losung. Bis ein Kollege plötzlich aufhört, die Hand befeilt, daran laßt, ein Tschentuch umbindet. „Weiter, weiter!“ Der Meister hat schon gesehen, daß einer feiert. Nur wegen der Kleingeldigkeit nicht gleich zum Arzt. Das kostet Zeit und Stundenlohn. Aber am anderen Tage gehts doch nicht mehr. Also zum Arzt, der schneidet, womöglich gar — wie bei Breitbart — ein Glied amputieren muß. Einen Finger — die Hand — wohl gar den Arm. Und wie manches Mal folgt der Tod! Alles um einen rossigen Nagel! Vielleicht aber auch nur, weil die Arbeit die Menschen beherzt und nicht die Menschen die Arbeit beherzt. Denn ruhige Arbeit läßt Zeit, um den Gefahren auszuweichen. W. Tr.

Anglist oder Verbrecher?

Frankfurt a. M., 19. Okt. In einem Hause der Grafen Friedberger Straße wurden der Arbeiter Josef Bahl und der Tagelöhner Kreide tot aufgefunden, während die Frau des Dahl in bejauenswürdigem Zustand einem Hospital zugeführt werden mußte. Man nimmt an, daß Gasvergiftung vorliegt. Doch schließt der Befund die Möglichkeit eines Mordbrotchens nicht aus.

Brandstiftung im Neu-Köllner Rathaus

Berlin, 19. Okt. Am Sonntag früh war in dem Rathaus Neu-Kölln (Abteilung Finanzamt) im Zimmer des Leiters des Finanzamtes Feuer ausgebrochen, das rasch das ganze Mobiliar, Schreibtische usw. vernichtete. Wie die Kriminalpolizei jetzt festgestellt hat, handelt es sich um Brandstiftung. Unter dem Verdacht, den Brand vorsätzlich angelegt zu haben, ist ein Steuersekretär festgenommen worden. Der Steuersekretär, gegen den ein Disziplinarverfahren schwebt, hat wahrheitsgemäß den Brand angelegt, um wichtige Personal- und Gerichtsakten, die seinen Fall betreffen, zu beseitigen.

Schweres Autounglück

Hohenrodorf (Riesenehrke), 19. Okt. Am Samstag nachmittags geriet auf der schmalen Landstraße Grunau-Oberrodorf ein Hirschberger Auto ins Schleudern und stürzte in den Straßengraben, wobei es zwei vorübergehende Frauen mitriß. Der einen Frau wurde ein Bein am Knie abgerissen, jedoch der Tod nach kurzer Zeit eintrat; die andere Frau wurde schwer verletzt ins Hirschberger Krankenhaus verbracht. Die Insassen des stark beschädigten Autos blieben unverletzt. Der Chauffeur behauptet, daß die Steuerung verjagt habe.

Von Wegelagerern erschossen

Nach einer Wittermeldung aus Starazow wurde der Rechnungsführer Wiroch des Gutes Salentin im Kreis Koritz, der mit einem Kuwvert unterwegs war, von drei Wegelagerern erschossen. Der Kuwvert, der auf die Pferde einhieb, um zu entkommen, wurde nur leicht verletzt.

Bedorffende Begnadigung von Kindermann und Wollst

Die Meldung eines Berliner Montagblattes, daß die deutschen Studenten Kindermann und Wollst in Moskau aus der Haft entlassen worden seien, trifft den Wittern zufolge nicht zu. Es ist jedoch damit zu rechnen, daß sie Anfangs November begnadigt werden.

300 000 Mt. unterschlagen

Mos, 20. Okt. Der Kaiser des biesigen Finanzamtes, Siegmund, war in den Verdacht geraten, Unterschlagungen begangen zu haben. Bei der Nachprüfung der Kasse ergab sich ein Fehlbetrag von 300 000 A, die er unterschlagen hatte. Er wurde festgenommen.

Schiffszusammenstoß

Paris, 19. Okt. Aus Victoria (Columbia) wird gemeldet, daß während der Umladung der Fracht des belgischen Dampfers „Anjou“ auf einen anderen Dampfer ein Schlepper mit dem Dampfer „Cuzco“ zusammenstieß. Beide Schiffe sind innerhalb weniger Minuten gesunken. Sieben Mann des Besatzung des Schleppers sind ertrunken.

Letzte Nachrichten

Reichsbanpräsident Schacht in Newyork

Newyork, 19. Okt. Der Präsident der Deutschen Reichsbank Schacht ist hier eingetroffen. Er äußerte bei Ankunft, er komme nicht, um die Möglichkeit irgendwelcher Anleihen zu prüfen oder solche abzuschießen, er wünsche den Besuch des Gouverneurs Strong von der Federal Reservebank von Newyork zu erwidern. Sein Besuch gebe ihm Gelegenheit, in persönliche Beziehungen zu den amerikanischen Finanzautoritäten zu treten und ihnen zu versichern, daß Deutschland keine Industrie nach gefunden finanziellen und wirtschaftlichen Grundfragen aufzubauen wünsche. Schacht hatte eine Zusammenkunft mit dem Vorsitzenden der Federal Reservebank von Newyork Pierre T. A.

Die Memeler Wahlen

Memel, 19. Okt. Nach den bis heute abend 7 Uhr vorliegenden Zahlen über die Wahlbeteiligung kann festgestellt werden, daß die Wählerkraft der Stadt Memel zu 85 bis 90 Prozent gewählt hat. In einzelnen Stimmbezirken haben bis 7 Uhr abends sogar 95 Prozent gewählt. Auf der Rechnung ist die Wahlbeteiligung durchschnittlich 85 Prozent. Die Festlegung des Wählergebnisses erfolgt im Laufe des morgigen Tages.

Kommunistenprozesse in Frankreich

Paris, 19. Okt. Vom Gericht wurden heute 27 kommunistische Manifestanten, die im Verlaufe des am 12. Oktober stattgehabten 24tägigen Generalkriegs festgenommen worden waren, abgeurteilt. Die Angeklagten wurden sämtlich wegen Beleidigung oder Gewaltanwendung gegenüber Polizeibeamten, wegen Beeinträchtigung der Arbeitsfreiheit oder wegen Verstoßes gegen einen Ausweisungsbefehl zu Strafen von einer Woche bis zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Landtagswahl am 25. Oktober

Der heutige „christlich-soziale Zentrumsgeist“

Von einem alten mittelbadischen Zentrumsmann

Von einem Mitglied der badischen Zentrumspartei, das seit Jahrzehnten in der politischen Bewegung des badischen Zentrums steht, werden wir dringend um Aufnahme des nachstehend wiedergegebenen Artikels ersucht. Während der Zentrumsmann „Augustinus vom Grund“ mit seinen Artikeln vornehmlich die demokratischen und republikanischen Kräfte innerhalb des Zentrums stärker will, sucht der Verfasser des vorliegenden Artikels den Zentrumsgeist des nach seinem Urteil gegenwärtig im Zentrum vorherrschende wenig soziale Einstellung zu bekämpfen, eine wirklich soziale Einstellung zu fördern. Wie „Augustinus vom Grund“ ist auch der Verfasser des vorliegenden Artikels der Auffassung, daß das von außen her vorteilhaft beschaffen kann. Wir haben keinen Anlaß, solche Bestrebungen zu hindern. Darum geben wir heute abermals einem Zentrumsmann das Wort.

Redaktion des „Volkstreu“

Es ist eine Tatsache, daß es die meisten Zentrumblätter unseres Landes an der individuellen Originalität mangeln lassen. Das ist ein gewollter Zustand, der einheitlich mit dem System der Führung ist. Der Einfluß der Führung auf die Presse ist deshalb entscheidend, ebenso auf die geschaffenen Zentrums-Parlamentarierkorrespondenzen. Eines der schriftstellenden Paradenstücke, das besonders bei Wahlen stark mit „angeklopft“ wird, ist der ehemalige Bonndorfer Defak, Herr Dr. Kieder, der jetzt auf der Reichenau einen Seeligerposten bekleidet, der es ihm wesentlich besser gestattet, ins Gebiet der politischen Kämpfe einzugreifen. Herr Dr. Kieder hat neulich im „Badischen Beobachter“ (Nr. 257 vom 18. 9. 25) eine Abhandlung geschrieben: „Der christlich-soziale Zentrumsgeist“, um der geschichtlichen Nachweise dafür zu erbringen, daß das Zentrum immer von dem Bestreben der Förderung des sozialen Gedankens sich haben lassen.

Auch der politische Gegner des Zentrums muß, wenn er objektiv das Zentrum beurteilen und einer Kritik unterziehen will, anerkennen, daß es sozialpolitisch in der Vergangenheit parlamentarisch objektiv gearbeitet hat. Das heute das Zentrum sozialpolitisch nicht mehr so aktiv eingestellt ist, bedarf keiner besonderen Beweisführung. Auf dem Offenburger Parteitag war es kein geringerer als Herr Dr. Wirth, der, von besonderer Sorge erfüllt, erklärte:

„Der Geist einer Politik für das schaffende Volk wieder zu erwecken, das ist Sinn und Ziel der von mir eingeleiteten Bewegung in der Zentrumspartei...“

Ein Satz, der heftiges Erstaunen auf das Gesicht mancher Zuhörer auslöste. Auf die soziale Struktur in der Zentrumspartei hat Herr „Augustinus vom Grund“ im „Volkstreu“ bereits eingehend und instruktiv hingewiesen; ich als alter Zentrumsmann kann seine Darlegungen nur unterstreichen. Wir sei heute gestattet, dazu das folgende zu sagen: Es kommt bei der Beurteilung der sozialpolitischen Einstellung einer Partei nicht ausschließlich darauf an, was sie an sozialen Gesetzen, Reden und Entschlüsseungen auf diesem Gebiete leistet. Unter Umständen wertvoller als diese Arbeit ist das gute Beispiel, der Geist, die in der parteipolitischen Gemeinschaft herrschen. In dieser Beziehung steht nun aber leider fest, daß aus dem früheren sozialen Zentrumsgeist etwas anderes geworden ist.

Denke ich Jahrzehnte als Zentrumsmann zurück, so erfüllt es mich mit einem Hochgefühl der Freude, wenn ich mich u. a. des damals herrschenden lauterer gesellschaftlich-sozialen Zustandes unter den Gesinnungsfreunden erinnere. Die einzelnen höheren Stände lebten nicht hochfahrend gegenüber dem einfachen Volke. Man hatte sich damals nicht standesgemäß abgetrennt. Es ist ideales Volksgemeinschaftsleben herrschte. Der zeitliche Zeitgeist der letzten Jahre ist auch im Zentrum stark fühlbar geblieben. Die einzelnen Stände haben sich in der heutigen Zentrumspartei fremd gegenüber. Ästios geht der eine an dem anderen vorbei. Die Ideen, die man in Reden, Entschlüsseungen und in Zeitungsaufstellungen feiert, für sich in Anspruch nimmt, sind in der Praxis zu totalen Nichts geworden.

Man predigt im Zentrum vom sozialen Geist, der alle Klassen und Stände beherrschen soll, selbst nicht einmal bei den eigenen Anzeigen nicht vorhanden, selbst nicht einmal bei den meisten Zentrumspolitikern. Gesellschaftlich haben sich bestimmte Kreise ganz von wertvollen Volk abgetrennt. Das Bürgerertum im Zentrum will staatsbürgerlich nicht viel von der Arbeiterschaft wissen und deshalb herrscht zwischen beiden in Gesinnung und Betätigung ein beart großer Kontrast, daß es kaum beseitigt werden kann. Es muß in diesem Zusammenhang einmal offen gesagt werden, daß selbst im Zentrum dem einfachen Volke gegenüber der christlich-soziale Geist nicht immer zur Geltung kommt. Auch im Zentrum zeigt sich bis zu einem gewissen Grade ein Herrentum, das ein enger, intimes, echt volksfreundliches Verhältnis zwischen Klerus und Volk nicht aufkommen läßt.

Der Herr Erzbischof als Wahlredner für das Zentrum

Aus Offenburg wird uns geschrieben: Fast alle politischen Parteien in Offenburg haben in den vergangenen Wochen ihre Wahlversammlungen abgehalten, eine Ausnahme davon machte bis jetzt die Zentrumspartei, die ihre Wähler noch nicht zusammenzurufen hat, um sich vor ihnen in Bezug ihrer Steuer- und Zollpolitik zu verantworten. Aber man war schauer, das Geschäft beforate diesmal der Herr Erzbischof, der am Freitag morgen in der Kirche und am Abend in der Stadthalle in einer Festversammlung vor den katholischen Offenburger gesprochen hat. Wir wollen dies gar nicht verkennen, was der Herr Erzbischof während der Bezeichnung Offenburger für die Gefangenen in Landau und für die Ausgewiesenen getan hat, aber u. E. war das als Seelenhirt seine Pflicht. Wir predigen natürlich auch dem Erzbischof nicht das Recht ab, in einer Festversammlung eine Rede zu halten, aber der Inhalt einer solchen Rede sollte nicht gar zu sehr gegen politisch anders Denkende gerichtet sein. Nach der Mei-

Man denke an den Volksverein für das katholische Deutschland! Dieser sollte nicht nur nach arden Gesichtspunkten soziale Aufklärungsarbeit unter der Arbeiterschaft treiben, in jeder Stadt und in jedem Dorf, sondern die einzelnen Stände unter sich hinsichtlich ihrer Existenzsorgen mit diesen in wechselseitiger Schätzung vertraut machen, schließlich darauf hinarbeitend, daß die Arbeiterschaft in die staatsbürgerlichen Rechte der bürgerlichen Stände hineinwache. Hierbei verlagte in Baden der Klerus zum arden Teil. Viele seiner Gründer nichts wissen, sie protegierten ihn allenfalls in jener Zeit, als die Herren Bader und Schöfer den Volksverein als die von Münschen-Glabbad bezahlte Parteienzentrumorganisation betrachteten. Soziales Verständnis und Aufklärung ist durch den Volksverein in unsern badischen Lande herzlich wenig verbreitet worden.

Die Sanierung eines der wichtigsten Aufgabengebiete rückt sich jetzt im katholischen Volke und im Zentrum. Wenn heute die Zeit langsam heranreift, in der weite Kreise der katholischen Arbeiterschaft, die politisch dem Zentrum angehören, diesem nicht mehr ohne kritische Beurteilung angeschlossen, so ist das nicht nur auf die Dinge zurückzuführen, von denen ich oben gesprochen habe, sondern auch darauf, daß viele Mitglieder des katholischen Klerus den Arbeitervereinen und Arbeiterkreisen kühl und passiv gegenüberstehen. Mögen auch die Gesellenvereine noch auf florieren — sie werden allerdings von den Präses sehr kurz gehalten —, in den allermeisten Arbeitervereinen muß eine große Unaktivität festzustellen werden, soweit die soziale Aufklärungsarbeit und die staatsbürgerliche Erziehungsarbeit in Frage kommen. Es gibt nicht wenig Geistliche, die von solchen sozialen Arbeitervereinen nichts oder nicht viel wissen wollen.

Auch die Tatsache ist nicht ersichtbar zu leugnen, daß zwischen den christlichen Gewerkschaften und einem Teil des Klerus nicht immer ein besonders gutes Verhältnis besteht. Die christlichen Gewerkschaften sind dem Klerus nicht unterstellt, sie sind selbständig und daraus ergeben sich, wie die Dinge stehen, erhebliche Differenzen. Wie wäre es, wenn Herr Dr. Kieder hier einmal prüfen und kritisch sich bemühen würde? Man sehe die Dinge, wie sie in Wahrheit liegen. Mit historischen und wahrhaftigen Artikeln allein wird der sozialen und wahrheitsvollen Sache des werktätigen Volkes nicht gedient. Solange die von mir gekennzeichneten Zustände bestehen, kann man von einem wirklichen christlich-sozialen Zentrumsgeist nicht sprechen.

Setzt, während der Wahlbewegung, überflügelt man sich in der Zentrumspresse förmlich mit Aufmerksamkeiten für die Arbeiter. Ein arbeiterfreundlicher Artikel folgt dem andern. Und die Zentrumsabgeordneten, die aus der Arbeiterklasse stammen, sind während der Wahlzeit besonders beehrt. Aber nach der Wahl, da sind in der Zentrumspresse Artikel und Abhandlungen über Arbeiterfragen in der Regel eine Seltenheit. Ein christlicher Gewerkschaftssekretär, mit dem ich erst dieser Tage darüber sprach, meinte ganz offenherzig: „Ja, nach den Wahlen haben wir Gewerkschaftler wieder unsere liebe Not, wenigstens ab und zu einen gewerkschaftlichen Artikel in unserer Presse unterzubringen...“ Was hat das schon für Staub aufgewirbelt. In der gesamten badischen Zentrumspresse ist m. W. nicht ein Redakteur, bei dem die arbeiterpolitischen Belange eine wirklich sachgemäße Behandlung finden. Und das in einer Partei, die eine „christlich-soziale“ sein will!

Ein besonders interessantes Kapitel in dieser Beziehung ist auch die Kandidatenausstellung zur bevorstehenden Landtagswahl. Ich brauche nur die Namen Eidenlaub, Heurich und Stodert zu nennen. Warum kam der Landesfestredner und Vorstand der badischen christlichen Gewerkschaften, Stodert, nicht in Vorzug? Auch wenn es, wie nach den Artikeln des „Augustinus vom Grund“, abermals einen neuen Sturm in bestimmten Kreisen meiner Partei gibt, sei angedeutet, welche Schwierigkeiten seinerzeit Herr Heurich hatte, als er im Landtage eine große sozialpolitische Rede hielt, die sozialpolitisch etwas schärfer eingestellt war, als es heute allgemein im Zentrum beliebt ist. Es hätte ihm beinahe das Mandat gekostet. Auf Einzelheiten sei hier nicht weiter eingegangen.

Es ist unangenehm und bitter, daß man sich an die Presse einer anderen Partei wenden muß, um Dinge zu lassen, die jetzt einfach gesagt werden müssen. Mit alten Zentrumsmann ist der Weg zum „Volkstreu“ nicht leicht geworden. Er müßte aber gegangen werden, wie Herr Dr. Wirth sich auch nicht mehr anders zu helfen wußte, als daß er in demonstrativer Weise aus der Reichstagsfraktion austrat, um so den ehrlichen und ernstesten Versuch zu machen, den demokratischen, republikanischen und sozialen Aufgaben und Pflichten zum Durchbruch zu verhelfen. Das ist auch für mich das alleinige Motiv meines Handelns.

Der Herr Erzbischof soll die Religion wieder einmal in Gefahr sein. Wir sagen, das ist nicht wahr, denn es kann doch sicher nicht abgelehnet werden, daß die Kirche sich nach der Revolution einer viel größeren Freiheit erfreut, als wie vor dem Kriege. Ich erinnere nur an die Zulassung der Orden, wobei die Sozialdemokratie keinen Einpruch erhob und weil sie eine Partei der sozialen Demokratie ist, konnte sie der Kirche gegenüber keinen anderen Standpunkt einnehmen. Also komme man doch nicht immer mit diesem alten Ladenbühler. Wenn auch in der Rede selbst nicht die Sozialdemokratie genannt wurde, so merkten wir es doch, an welche Adresse die Ausführungen gerichtet waren.

Der Herr Erzbischof war weiter der Auffassung, daß es ein unwahres Wort sei, wenn behauptet würde, daß der Reichstagsbeschluss der Gewissens- und Gewissensfreiheit des deutschen Volkes bedrohe, in Preußen und Württemberg seien sie an der Konfessionsschule nicht zu Grunde gegangen. Mit Verlaub, Herr Erzbischof, Schreiber dieser Zeilen ist von Norddeutschland und ist Katholik und trotzdem Sozialdemokrat, aber als Schlußfrage habe ich eine Frage von der Befreiungsschule bekommen. Die „Lichtbogen“, welche wir uns als

Kinder schon, wenn wir aus der Schule heimgehen, gegenseitig zuriefen, sollten zu denken geben, wenn wir a. B. rufen: „Seht, kommen die Kaker.“ wurde uns erwidert: „Da kommen die katholischen Diakone oder: „Seht, die Jesuiten!“ Prägelien gegeneinander waren an der Tagesordnung, so daß es so weit kam, daß die katholischen Schüler die eine Woche um 11 Uhr, die Evangelischen um 12 Uhr die Schule verlassen mußten und die andere Woche wieder abgewechselt wurde. So weit hatte man die konfessionelle Leidenschaft und den Haß gegen Andersgläubige in die Kinderbeinen gepflanzt. Wollen wir diesen Zustand auch im Badenlande herbeiführen? Wir sagen also: Hände weg von der Beseitigung der Simultanschule! Lassen wir es, wie es ist, auch hierbei ist das badische Volk nicht zu Grunde gegangen. Wenn der Herr Erzbischof weiter für die Einigkeit der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sprach, so mag das sehr gut gemeint sein, aber die Einigkeit wird an der Hartnäckigkeit des Unternehmertums scheitern, dem der Profit höher steht als eine soziale Verständigung mit der Arbeitnehmerschaft. Auch wir sagen, daß jeder Bürger und Bürgerin mitverantwortlich ist, wie in Deutschland, wie in Baden bei den kommenden oder nach den Wahlen regiert wird und wer die Regierung bildet. Mein wird wohl auch in Baden keine Partei die Regierung übernehmen wollen, selbst die Zentrumspartei nicht und wir glauben nicht, daß man gegen die Sozialdemokratie regieren wird. Wir gehen aber nicht mit dem Herrn Erzbischof einig, wenn er sagt, daß der Kirche, der Jugend und der Schule Gefahren drohen, die nur dadurch gestiftet werden, wenn lauter Zentrumsmänner ins Parlament kommen. Die Sozialdemokratie hat so viel für die Schule und für die Jugend getan, daß sie sich nicht zu schämen braucht.

Kulturkampfgeschrei aus politischen Sorgen

Das Zentrum hat starke Wahlorgen. Es verrät sie durch das laute und täglich mehr anschwellende Kulturkampfgeschrei, das seine Gesetten anstimmen müssen. Und vollends im Kampfe gegen die Sozialdemokratie ist dem Generalklub der Zentrumspartei bisher noch kein anderes tätiges Mittel eingefallen, als die angebliche Gefährdung der Religion, der christlichen Kirche usw. In der Sonntagsausgabe des „Badischen Beobachter“ wird gleich halbe Breitseiten groß aufgeschrien. Ausgerechnet unser Genosse Dr. Engler wird als Kulturkämpfer präsentiert. Das ist ein besonders ausgefallener Kniff. Genosse Dr. Engler gibt in Baden — und das mit Recht — als ruhiger und kühl abwägender Politiker. Wenn nun die Zentrumspresse den Zentrumswählern gerade den Genossen Engler als angeblichen Kulturkämpfer vorführen kann, dann, so kalkuliert man, müssen die über die Zentrumspolitik doch ein bisschen stutzig gewordenen Wähler sich fragen: wenn schon ein Engler ein Kulturkämpfer ist, wie erst die anderen.

In einer Rede in Karlsruhe hat Genosse Engler die alten sozialdemokratischen Forderungen aufgestellt: Trennung von Staat und Kirche, Trennung von Schule und Kirche, weltliche Volks-, Berufs- und Hochschulen. Und ganz richtig hat Genosse Engler hinzugefügt: „Von uns ist die Religion nicht gefährdet“. Die Verwirklichung der weltlichen Schule hat nichts mit Religionsfeindschaft zu tun; kein Sozialdemokrat denkt daran, den Konfessionen oder Kirchen hindernd in den Arm zu fallen, wenn sie für sich und als private Organisation ihre konfessionellen und religiösen Aufgaben zu erfüllen trachten. Der Staat soll ihnen alle erforderlichen Freiheiten gewähren, aber er ist auch nicht dazu da, sie zu alimentieren. Der Staat hat Staatsbürger zu erziehen; er hat die Pflicht, die jeweils heranwachsende Generation geistig mit dem notwendigen Rüstzeug zu versehen, das notwendig ist, um den staatlichen Organismus wirksam in Funktion zu setzen und das auch notwendig ist für den Kampf ums Dasein. Ob dann die Staatsbürger in konfessioneller Beziehung katholisch, evangelisch, irreligiös oder atheistisch sein wollen, das zu beeinflussen oder gar zu bestimmen, ist gar nicht Aufgabe des Staates. Außerdem: weder im Reiche noch in Baden hat die Sozialdemokratie daran gedacht oder irgendwie Schritte unternommen, den bisherigen Zustand, wie er sich nach der staatlichen Neuordnung in Deutschland herausgebildet hat, zu stören. Erst als das Reichszentrum sich für seine Mithilfe bei der Durchpeisung der Steuer- und Zollgesetz durch einen reaktionären, den bisherigen Frieden störenden Reichshulageentscheidungs von der deutschnational-volksparteilichen Regierung hat abfinden lassen, ist der Kampf erneut und zwangsweise für uns erfolgt.

Dabei ist das Zentrum diesmal noch in eine besonders unangenehme Situation hinein geraten. Zwar hat die deutschnational-volksparteiliche Reichsregierung ihm für die Volksschuldendienst beim Zollgesetz und bei den Steuererlassen den Reichshulageentscheidungs offeriert, aber sowohl deutschnationale wie Volksparteiler zeigen durchaus nicht überall Luft, den ausgetasteten Wechsel auch einzulösen. Wenn aber der Reichshulageentscheidungs im Reichstage keine Mehrheit finden sollte — wir hoffen, daß das auch eintritt —, wenn also die strenge Klerikalen im Zentrum nicht auf ihre Rechnung kommen sollten, dann bleibt nur der politische Schaden für das Zentrum, daß es sich wenige Monate nach den Präsidentenwahlen, die ihm die unausweichliche Beschimpfung von den deutschnationalen eingebracht haben, mit eben diesen deutschnationalen verbündet gemeinschaftliche Steuer- und Zollgesetz beschloss, aber den speziellen Lohn für die erheblichen Bemühungen nicht einzubringen vermocht hat.

Im übrigen und außerdem: das Zentrum weiß, daß die Religion durch die Sozialdemokratie nicht gefährdet ist; das Zentrum weiß, daß die Sozialdemokratie an Kulturkämpferei nicht denkt; das Zentrum weiß, daß die Sozialdemokratie religiöse und konfessionelle Freiheit und Uebereinstimmungstoleranz — deshalb ist das Kulturkampfgeschrei der Zentrums- presse gewöhnliche, aber altgewohnte Wahldeinagogie.

Und dann zum Schluß noch eins: vor vier Jahren, ebenfalls bei der Landtagswahl, da war der Zentrums- presse die angebliche Religionsfeindschaft der Sozialdemokratie völlig unbekannt. Freilich — damals waren wir nicht gezwungen, gegen Herrn Febrbach Stellung zu nehmen, weil er die Vergeßlichkeit der Opposition im Reichstage von der Tribüne aus verteidigte; damals hatte das Zentrum nicht Arm in Arm mit den deutschnationalen, die den staatsrechtlichen, nationalen, politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutsch-

Die Scheidemann-Marum-Versammlung

am kommenden Donnerstag muß eine machtvolle Kundgebung für die Sozialdemokratie und die Republik werden. Es empfiehlt sich, frühzeitig Eintrittskarten zu besorgen, da der Abzug ein recht guter ist. Kein Republikaner, kein Arbeiter, kein Angestellter, kein Beamter darf den Besuch der Versammlung veräumen.

Schaffende aller Stände! Auf in die Scheidemann-Marum-Versammlung!

lands bisher systematisch sabotiert haben, Gesetze von der gemeinschaftlichen Wirkung gemacht, wie sie die Steuer- und Zollgesetzgebung darstellten; damals also, als das Zentrum nicht die Wahlgesetze wie heute hatte, war kein Kulturkampfsgesetz zu hören. Darum werden wir uns die Freiheit nehmen, das gegenwärtige Kulturkampfsgesetz der Zentrumspresse als das zu beurteilen, was es in der Tat ist: ein wahlkritisches Mittel. Kein schönes und kein sonderlich ehrliches — aber: von Sorgen geplagt, ist dem Zentrum auch dieses Mittel recht.

Offener Brief

an Herrn Landtagsabgeordneter Gustav Kläber in Gundelfingen!

Aus der politischen Tagespresse erhebe ich zu meinem Erstaunen, daß Sie zu den bevorstehenden Landtagswahlen eine politische Interessengemeinschaft mit der badischen Deutschen Nationalen Volkspartei gebildet haben. In den letzten Jahren verfolgte ich schon Ihre konträre politische Entwicklung und konnte nicht verstehen, wie Sie (sich nicht in allen Dingen kluger Mensch) aus einem prominenten demokratischen Führer in so kurzer Zeit zu einem radikalen Anhänger und Vertreter echt preussischer Junkerpolitik werden konnten. Ich habe mich in letzter Zeit oft gefragt, das kann doch nicht derselbe Herr Kläber sein, welcher lange Jahre vor und während dem Kriege auf dem Rathhause in Wülhausen i. G. als Führer der Demokratischen Fortschrittspartei jegliche konervative und reaktionäre Politik mit recht autem Einigkeit bekämpfte. Ich konnte mir nicht vorstellen, daß ausgerechnet Sie sich an die Spitze einer äußerst reaktionären Großbauernpartei, deren Wurzeln bei Gott nicht in Baden, sondern in jener Gegend sich befinden, mober stets der stärkste Druck gegen unsere Kleinbauern kam und kommt, in Baden stellen konnten. Doch nun verlese ich alles! Auch Ihre politische Allianz mit den französischen politischen Schatzmachern, der Deutschen Nationalen Volkspartei in Baden.

Ein Freund der Kleinbauern können Sie ja auch nicht gut sein. Oder sollten Sie sich auf diesem Gebiete umgestellt haben? Ich erinnere mich noch aus jener Zeit, wo ich als Gemeinderatsmitglied von Ihnen des öfteren Gelesenheit hatte, Ihre Einstellung gegen die Kleinbauern kennen zu lernen. Besonders an einem Fall, der Ihre Einstellung den Kleinbauern gegenüber recht drastisch ausdrückte, kann ich mich noch gut erinnern. Ich glaube, es war im Frühherbst 1916, als Sie in meiner Gegenwart zu dem damaligen Vorsitzenden der Rülhbauer Marktkommission, unserem Gemeinderatskollegen Herrn Keim von der Zentrumsfraktion, den Vorschlag machten, daß, wenn die Bauern auf dem Markte die niedrigen Preise der Marktkommission nicht einhalten würden, deren Waren durch die Marktpolizei einfach beschlagnahmt und durch den städtischen Ausrufmarkt zu noch niedrigeren Preisen verkauft zu lassen. Herr Gustav Kläber, in jener Zeit abnten Sie als Speereihändler noch nicht, daß Sie im Jahre 1919 badischer Gutsbesitzer „Klein“-bauer sein würden.

Neben Ihrer politischen und ökonomischen Umstellung haben Sie scheinbar auch eine konfessionelle Umstellung vorgenommen. Meine Freunde machten mich des öfteren aufmerksam, Sie seien Prediger einer protestantischen Mindersekte und aus diesem Grunde stets stark geladen gegen die Kollegen von der Zentrumsfraktion. Da ich das letztere in den gemeinschaftlichen Sitzungen sehr oft wahrnehmen konnte, habe ich keine Veranlassung, an dem ersteren zu zweifeln.

Herr Kläber! Verpöhlen Sie nicht als ob und zu ein inneres Widersprechen, wenn Sie in Ihren Versammlungen von Ihrer — Liebe zu den katholischen Kleinbauern reden müssen?

Einer meiner Freunde muß Sie schon besser gekannt haben als ich, als er mir sagte, Kläbers Frömmigkeit dient geschäftlichen Zwecken. Ich konnte mir dies von Ihnen, Herr Kläber, nie vorstellen!

Wie Ihre Entwicklung der letzten Jahre aber zeigt, sind Sie der geborene Umstellungsmäxler.

Baden-Baden, den 17. Oktober 1925.

Philipp Wagem.

„Die Sozialdemokratie am Ende des Latens!“

Der „Badische Beobachter“ läßt in großer technischer Aufmachung in seiner Samstagnummer unter vorliegender Ueberschrift einen Herrn von der Gabelns zum Wort kommen. Unter neues Heidelberger Programm hat es ihm angetan. Es ist ein Kompromißwert zwischen dem Erfurter und dem Heidelberger Programm und als Ganzes wenig oder gar nicht mehr revolutionär. U. a. sagt der adlige Kritiker:

„Das Traurigste ist, daß auch jeder Rest revolutionärer Energie zum Teil verloren gegangen ist: die großen Forderungen sind zu Gemeinplätzen ausgeartet, ein Avaroprogramm steht noch immer, der Wille zum Staat ist sogar nach Scheidemanns Anschauung zu kümmerlich geraten.“

Die alte Peter: Stellen wir uns auf den bestehenden Staatszustand und auf die Gegenwartsfragen ein, dann sind wir nicht revolutionär genug. Bereinigen wir alles, treiben wir bloße Reaktionspolitik, dann sind wir Doktrinare, Fanatiker, einseitige Menschen.

Und ein solches Geschwätz nimmt das Zentralorgan einer Partei auf, die seit sieben Jahren praktisch mit der Sozialdemokratie innerhalb der badischen Reichsregierung und im Landtage zusammenarbeitet, einer Partei, die sich immer wieder beklagt, daß auch die badische Sozialdemokratie zu ungesund, zu revolutionär sei, daß sie rücksichtslos ihre Forderungen stelle. Man sieht, wohn eine Redaktion gerät, wenn sie lediglich Wahlpropaganda machen will.

Bemerkenswert ist noch, was der Herr v. d. Gabelns an unserer Stellungnahme zur Frage der Religion aussusetzen hat. Hierzu schreibt er:

„Der kulturpolitische Teil ist äußerst charakteristisch. Der bis zur Rächerlichkeit abgegriffene Satz „Religion ist Privatangelegenheit“, den man noch in Götting festgehalten hatte, ist allerdings verschwunden. Dafür wird die Religion überhaupt nur noch abnehmend erwähnt: Trennung von Staat und Kirche, keine Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln für kirchliche und religiöse Zwecke.“

In früheren Kritiken des Zentrums konnte man lesen, daß man, was die Sozialdemokratie auf die Religion hatte,

erkläre sie im Erfurter Programm zur Privatangelegenheit. Wenn im Heidelberger Programm nun dieser Satz fehlt, ist's auch wieder nicht recht und Herr v. d. Gabelns ruff: Seit werde die Religion nur noch in abnehmendem Sinne erwähnt!

Was beweist dies aber? Nun, daß wir die Formulierung des Heidelberger Programms im allgemeinen und des Satzes über die Religion im besonderen ganz gut getroffen haben. Somit würde auch Herr v. d. Gabelns unser Programm für folgerichtig gehalten haben. Und das wollen wir doch nicht erleben. Sein Ertrag ist demagogische Wahlmasche; als solche — und nur als solche — muß er gewertet werden.

Rost für die Beamten

Der Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat vor kurzem sich dahin geäußert, daß eine Befoldungserhöhung für die Beamten ein nationales Unheil bedeuten würde. Es ist noch nicht allzu lange her, daß einer unserer Reichsminister davon sprach, daß die Beamtenfrage Deutschland gesund und gehungert habe; ein anderer hat von der Rost für die Beamten, die man an dem Beamtenkörper vornehme. In der Gegenüberstellung dieser Ausprüche prägt sich scharf und mit unerbitlicher Klarheit die ganze Not, aber auch die Schmach aus, die man der Beamtenenschaft angetan hat. Von keiner Schicht unseres Volkes kann man sagen, daß ihr so einstimmig von allen Parteien vor der letzten Reichstagswahl verpflichtende Zusagen und Versprechungen gemacht wurden, Versprechungen, die anlässlich der Wahl des Reichspräsidenten fortgesetzt wurden, wie der Beamtenenschaft gegenüber. War doch für so viele Beamte die Person des jetzigen Reichspräsidenten der „Retter aus allen Nöten“. Wer damals in Beamtenkreisen sich umgehört hat, der mußte verwehnen an dem geringen Verständnis und Erfennen von politischen Zusammenhängen und Möglichkeiten.

Inzwischen haben die Beamten durch den Verlauf der Reichstagsperiode, sowohl durch die sie in erster Reihe berührenden Fragen, wie die Befoldungserhöhung und die Novelle zur Personalabgabeverordnung u. a. m., als auch im allgemeinen durch die Verabschiedung der Steuer- und Zollgesetze, einen politischen Aufschauensunterricht genossen, der vom erstenherigen Standpunkt aus — man muß dies leider sagen — eine wohlverdiente Ration bedeutet. Aus dem, was sich in den letzten Monaten abspielte, hat, sollte die Beamtenenschaft gelernt haben.

Wie und von welchen Parteien bei den verschiedentlichen Abstimmungen gegen die Stimmen der demokratischen, der sozialdemokratischen Parteien die durchaus berechtigten Wünsche der Beamtenenschaft zu nichte gemacht wurden, dürfte noch in frischer Erinnerung sein.

Wenn nun die badischen Beamten und Angestellten bei den bevorstehenden Landtagswahlen wiederum alles verzeihen und nichts dazu gelernt haben und zum laudenswürdigsten Male auf das falsche Pferd setzen, dann — ja dann kann man nur sagen, daß sie die selbstverschuldeten Schicksal verdienen und sich eben mit ihrem Los abfinden müssen. Am Tag der Landtagswahl ist der Beamtenschaft Gelegenheit zu bieten, zu sehen, daß sie in ihrem allerersten Interesse erkannt hat, daß es — man kann sagen, was man wolle — in erster Linie die sozialdemokratische Partei war und ist, die für die Beamtenenschaft sowohl als Teil der Arbeitnehmer- und Verbraucherenschaft eingetreten ist und auch weiterhin eintreten wird.

Wahlveranstaltungen

1. Spö. Nachdem die bürgerlichen Wahlveranstaltungen hier allmählich beschränkt und verlaufene Versammlungen wurden. Gen. Meyer Weinmann referierte, die Zusammenhänge zwischen dem nunmehr abgeschlossenen Frieden von Locarno und der Landtagswahl aufweisend. Er begeisterte die Versammlungsteilnehmer für die sittlichen Ideale der Partei und forderte auf, sie am 25. Oktober zu betätigen und fand mit seiner anfeuernden Worten reichen Beifall. Chöre des Arbeiterangehörigen umrahmten das Referat.

Winterdorf. Der Versammlungsbefuch ließ zu wünschen übrig, doch war eine gleichzeitige abgehaltene Zentrumsversammlung nicht besser besetzt. Die Anwesenden folgten mit lebhaftem Interesse den Ausführungen des Gen. Scheu u. i. i. Karlsruhe. Die Aussprache bewegte sich hauptsächlich um die Gebieten Kirche, Schule, Steuern, Wirkungen der Arbeitslosigkeit u. i. i. Mit einem Appell, den den Wählern das Gebot zu beherzigen, konnte Gen. Bauer-Rastatt die gut verlaufene Versammlung schließen.

Aus dem Freistaat Baden zur Frage der beschleunigten Personenzüge der Schwarzwaldbahn

In der Anwesenheit der angestrebten gänzlichen Führung der beschleunigten Personenzüge 1452/1453 Frankfurt-Schwarzwaldbahn-Konkzans, die die Verwaltung trotz aller Bemühungen der Gemeinden, Industrie, Handel, Gewerbe usw. nur bis 31. Oktober trotz ihrer fortgesetzten guten Weisung laufen lassen will, hat die Stadterwaltung Triberg erneut eine Eingabe an die Reichsbahndirektion Karlsruhe gerichtet. In der ausführlichen Begründung wird ausgeführt, daß es sich bei dem Wunsch der Schwarzwaldbahn durchaus nicht in erster Linie um die Anschließung in Offenburg handelt, sondern um die Erhaltung einer gut eingetragenen, sehr geschäftigen aünstigen, raschen und billigen Verbindung innerhalb der mittleren Tagesstunden für Rad- und Fernverkehr in gleichem Maße.

Vom Kallmert Waagungen. Im Kallmert Waagungen sind jetzt im ersten Schacht vier Streden nach Norden, Süden und Westen ausgefahren worden, die eine Gesamtlänge von rund 300 Meter haben. Im Laufe des Monats kommt noch die Kaltpfungsstelle hinzu, um die vorläufige Betriebslänge des Schachts an der deutschen Kaltpfungsstelle festzusetzen. Der Grubenverband hat beschloffen, ein vorläufiges Betriebsgebäude zu erstellen, das vor Beginn des nächsten Jahres bereits fertiggestellt sein soll. Alsdann kann das Werk nicht nur Doppelzentrale Kohlsäbe, sondern auch hochwertige Kaltsäbe liefern. Der zweite Schacht hat jetzt eine Tiefe von 200 Metern. Es

ist anzunehmen, daß er Ende nächsten Jahres in Betrieb genommen werden kann. — Für 1926 ist eine rege Bautätigkeit auf dem Berg vorgezehen u. a. sind weitere Mittel für die Erstellung neuer Arbeiterwohnungen bereitgestellt.

Verordnung über die Viehhaltung am 1. Dezember 1925. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat auf Grund der Bekanntmachung vom 30. Januar 1917 für Dienstag, den 1. Dezember 1925, eine Viehhaltung im Reich angeordnet, die sich auf Pferde, Maultiere, Maultiere, Esel, Rindvieh, Schweine, Schafe, Ziegen, Federvieh, zahme Kaninchen und Bienevögel zu erstrecken hat.

Von den Wirtschaftstämpfen

Keine Entlassungen bei Benz Die Mitteilung der kommunistischen „Arbeiterzeitung“, wonach die Firma Benz beabsichtigt, neuerdings 1000 Arbeiter zu entlassen, ist nach einer Mitteilung der Verwaltung der Benzwerke nicht richtig. Im Gegenteil sei der Geschäftsgang gegenwärtig derart, daß man hoffen kann, in absehbarer Zeit einen Teil der bereits entlassenen Arbeiter wieder einzustellen.

Der Straßenbahnerstreik in Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 19. Okt. Im Straßenbahnerstreik war heute mittags die Lage unverändert. Die Bahndauer- und Werkstättenarbeiter sind heute zum Dienst erschienen, während das eigentliche Fahrpersonal geschlossen freit. Gegen Mittag ist eine Anzahl Automobilisten eingeschickt worden, ebenso hat die Eisenbahnverwaltung nicht nur die bestehenden Vorkräfte verstärkt, sondern auch eine Anzahl neuer Kräfte eingesetzt. Zu Einigungsverhandlungen ist es bisher noch nicht gekommen. Dagegen taaten in den späten Vormittagsstunden der Magistrat, die Verkehrsdeputation und die Fraktionsvorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung.

Streikbeschluss bei der Berliner Gas- und Wasserwerken Berlin, 19. Okt. Nach den heute mittags vorliegenden Nachrichten aus dem größten Teil der Berliner Gaswerke haben sich über 90 Proz. der Arbeiter gegen den Streikbeschluss und für den Streik ausgesprochen. Dieser Beschluss bedeutet jedoch noch nicht den sofortigen Beginn des Streiks, da Ausschuss besteht, das neue Lohnverhandlungen zustandekommen.

Beilegung des Lohnstreiks im ostpreussischen Baugewerbe Königsberg, 19. Okt. Der seit geraumer Zeit im Ostpreussischen Baugewerbe andauernde Lohnkonflikt ist nunmehr beigelegt worden, nachdem in erneuter gemeinsamer Verhandlung ein Einverständnis von 98 Proz. für Facharbeiter und 82 Proz. für Hilfsarbeiter in Königsberg, für die übrigen Provinzen mit entsprechenden Abhängen vereinbart worden war.

Kleine badische Chronik

Dummersheim. Derbittener des Maschinisten Karlruhe. Gewissermaßen als ein delikates Festgeschenk hat das große Herkholzer, das das Blasorchester Karlruhe unter der bewährten Führung von Herrn Obermusikmeister Lese Sonntag nachmittags im Saale des Hofhauses zum „Adler“ hier veranstaltet, ansetzen werden. Die ausserleinen Nummern wiesen Werke der großen Meister auf und bildeten einen lo wertvollen Reigen von musikalischen Darbietungen. Eine besondere Note erhielt das Programm für uns Dummersheimer durch die Einlage des Schmitters durch Dummersheimer Schüler im Stadtgarten zu Karlsruhe selbst komponierten Schmittertanzes. Eine weitere Dreingabe, eine „Waldfriedenshymne“, ebenfalls ein Werk des Herrn Obermusikmeisters Lese, war durchdrungen vom Verlangen nach dauerndem Frieden und wahrer Völkerverständnis. Der Blechinstrumentalkörper, der es an einer angemessenen Zahl von Soloinstrumenten nicht fehlen läßt, verfügt über eine erstaunliche Schönheit läuten kaum zu wünschen übrig. Das aussergewöhnliche Spiel der Kapelle verleiht die dem Blechinstrument nur zu leicht anhaftende Härte und näbert sich dem Charakter eines Orchesters. Ein förmlicher Beifall war der Kapelle, von der ersten bis zur letzten Nummer beizuliegen. Das Konzert kam durch Vermittlung des Musikvereins D v r a u und besonders durch dessen Vorstand, Herrn Kaufmann Weichers, zustande.

Kirchhof bei Bruchsal. Durch eigene Unvorsichtigkeit überfahren wurde am Mittwoch zwischen Kelllingen und Hohenheim beim Überqueren der Straße die Ehefrau des Monteurs Jakob Bauer von Hohenheim. Sie trug schwere Verletzungen davon. Der Motorradfahrer Josef Martin aus Kirchhof stürzte vom Rad und war längere Zeit demütiglos. Die näheren Feststellungen ergaben, daß den Motorradfahrer keine Schuld an dem Unglücksfall trifft.

Am dem Kinsatal. Im Haldersbach bei Schapbach veranlaßte ein verheirateter Badarbeiter beim Holzleiten. Er mußte schwerer verletzt heimtransportiert werden.

Malsketten. Hier brannte das Wohn- und Detonomiegebäude des Bauern Josef Strina vollständig nieder. Nur das lebende Inventar konnte gerettet werden. Inventar und Ernteverräthe wurden ein Raub der Flammen.

Weinheim. Hier wurde ein Fahrradmarbler auf frischer Tat ertappt und festgenommen. Der Verhaftete ist ein 31 Jahre alter durchgehender Handwerksbursche, der einseitig, auch schon anderwärts, so in Heidelberg und München, Fahrradblechschleife auszuführen zu haben. — Der 60 Jahre alte Anwalde Julius Wolf vom hier wird seit 12 Tagen vermisst. Es wird angenommen, daß ihm ein Unglück ausgefallen ist.

Kohlenzwecker Meßerfcherei in Mannheim. Am Samstag Abend gegen 11 Uhr entstand in der Nähe eines Gasse Streich, bei dem der Meßerpaeder Heinrich W en ü den Schloffer Strep durch einen Stich in den Rücken lebensgefährlich verletzte. — Am Karlsruher entstand ein Streit zwischen Schiffen, wobei ein 61 Jahre alter Kapitän, nachdem er selbst von Matrosen durch einen Stich verletzt worden war, zum Meßergriff und einen leibhaftigen Gegner in den Hals nach. Auch dieser Matrose liegt lebensgefährlich verletzt im Krankenhaus. Der Kapitän wurde verhaftet.

Unterhaltung und Belehrung

Pelle der Eroberer

Von Martin Andersen Nexø

Nachdruck verboten.

(Fortsetzung)

Die Frau sah ihn mit einem eigentümlichen Lächeln an. „Wirst du eigentlich immer herumsummen?“ fragte sie. „Die Männer seid doch merkwürdige Geschöpfe! Wenn euch nur irgendwas verquert geht, so müßt ihr euch gleich betrinken oder euch auf irgendeine andere Weise ins Unglück stürzen — ihr seid nicht besser als Wildschwein! Wir müssen ruhig weiterarbeiten, ob es uns so geht oder so!“ Sie stand schon in Hut und Mantel da und söuerte noch. „Hier hast du fünfzigwanzig Dore“, sagte sie — „das ist immer für eine Tasse Kaffee, daß du dich wärmen kannst!“

Pelle wollte es nicht nehmen. „Was soll ich mit deinem Geld?“ murmelte er. „Behalt das nur selbst!“

„Ach, nimm es man! Ich weiß ja selbst, daß es nur wenig ist, aber ich habe nicht mehr, und wir beide brauchen uns doch wohl nicht voreinander zu schämen.“ Sie steckte ihm das Geldstück in die Taschentasche und eilte davon. Pelle schlenderte in den Wald hinaus. Er hatte keine Lust, nach Hause zu gehen und einen zwecklosen Kampf mit Ström aufzunehmen. Er trieb sich auf den eben den Steigen umher und empfand ein schwaches Gefühl des Wohlseins, als er merkte, daß der Frühling sich hindurchzog. Drinnen unter den alten, moosbewachsenen Tannen lag der Schnee noch, aber unten in den Tannenabfällen fiedelten schon die Füße der Kälte hervor, und wenn man auf dem Boden ging, so hatte man ein Gefühl, als trete man auf einen Teufel, der anfangs, sich zu heben.

Er ertrug sich dabei, daß er begann, sich mit seinen eigenen Anlagengedanken zu beschäftigen, und plötzlich aus seinem Gedankensraum erwachte. Fremd etwas hatte ihm als ganz traumhaft vor sich geschoben — ja, das war der Gedanke, doch zu ihr zu stehen und sich so einzuordnen, wie Venus und sein Mädchen. Er konnte sich ja ein paar Reiten anschaffen und zu Hause sitzen und arbeiten — so konnte er sich einwickeln durchsichtiger, bis bessere Zeiten kamen. Sie verdiente ja auch etwas und hatte einen misstrauischen Sinn.

Aber als er sich gründlicher darüber nachdachte, erhielt das Ganze einen bitteren Anstrich für ihn. Er hatte ihre Armut und ihr gutes Herz genug mißbraucht. Ihr letztes Stück Beherrschung hatte er genommen, so daß sie jetzt ausgeben mußte, um etwas Warmes und Abendbrot zu betteln. Das bedrückte ihn. Dies Gefühl der Beschränkung konnte er nicht wieder loswerden, als ihm erst einmal die Augen dafür geöffnet waren. Es begleitete ihn nach Hause ins Bett, und hinter all ihrer Güte spürte er ihre Verachtung, weil er seinem Elend nicht mit Arbeit entgegenzutreten wie ein ordentlicher Mensch.

Am nächsten Morgen war er früh auf und meldete sich zur Arbeit unter am Hafen. Er sah die Notwendigkeit davon an und für sich nicht ein — wollte aber einer Frau nichts schuld sein. Am Abend sollte sie ihre Auslagen wieder zurückzahlen.

XXIV.

Pelle stand unten am Boden des Hafenballins und lud Steinbrocken auf die Kippwagen. Wenn ein Wagen voll war, schoben er und sein „umpan“ ihn auf die Hauptspur, sie gingen dann an den leeren Wagen und rüsteten zurück. Sie und wieder ließen die anderen das Werkzeug sinnen und haben zu ihm hinüber. — Er arbeitete wirklich gut für einen Schiffsarbeiter. Er hatte einen guten Griff, wenn er den Stein aufnahm! Wollte er einen großen Brocken auf den Wagen laden, so hob er ihn erst bis ans Knie, hielt einen Bruch aus und benutzte sich dann mit dem ganzen Körper dagegen, dann trostete er den Schmerz von der Seite und nahm einen Schmans oder einen Schluck Bier. — Er stand hinter keinem von den anderen zurück!

„Mit Gedanken gab er sich nicht ab, er ließ sich grad sein und genoss die Tätigkeit und die Mühsal. Die harte Arbeit verzehrte etwas in seinem Körper und erfüllte ihn mit einem reinen tierischen Wohlsein. „Ob mein Bier wohl heute nachmittags noch ausreicht?“ konnte er denken; darüber hinaus gab es nichts. Die Zukunft existierte nicht und auch kein zeitliches Gefühl, das sie nicht da war; es regte sich keine Neugier in ihm über etwas, was er verloren hatte oder was er verjüngt hätte; die harte Arbeit trug das Ganze. Da war nur dieser Stein, der fortgeschafft werden mußte — und dann der nächste; dieser Wagen, der voll geladen werden mußte — und dann der nächste! Wenn der Stein sich auf den ersten Rud nicht heben wollte, knirschte er mit den Zähnen; er war wie besessen von der Arbeit. „Er ist noch so jung in den Seilen“, sagten die anderen — „er läuft sich schon die Hörner ab!“ Aber Pelle wollte keine Kräfte zeigen, das war sein einziger Stolz. Der Rumoren ließ ihn ruhig darauflosgehen und strengte sich nicht weiter an. Von Zeit zu Zeit lobte er ihn, um sein Feuer in ihm wach zu halten.

Es war die ekledeste Arbeit im Hafen, jeder konnte ohne weitere Voraussetzung dazu gelangen. Die meisten von Pelle's Kameraden waren Leute, die mit der Welt fertig waren und sich dahin treiben ließen, wohin der Strom sie trug; er schloß sich wohl unter ihnen. Bis auf den Grund hier gelangten keine Worte, die tote Vorstellungen ins Leben rufen oder auch nur in einem leeren Gehirn spuken konnten; vor der Zukunft war der eiserne Vorhang herabgelassen, und das Glück lag hier auf der Hand — die Mühe des Tages ließ sich in frohlichen Trinken umgehen.

Seine freie Zeit verbrachte er mit den Gefährten. Es waren lose Existenzen, die das Gefühl, daß hier eine große Arbeit auszuführen sei, herbeigekollt hatte; die meisten waren unverschämter, einige hatten wohl irgendwo Frau und Kinder, verschwanden es aber oder erinnerten sich dessen viel mehr selbst nicht einmal mehr. Sie hatten kein richtiges Logis, sondern kauften in Gubermann Köllers verlassener Scheune, die dicht beim Hafen lag. Sie kamen nie aus den Kiefern, sondern schliefen im Strohsack und wuschen sich in einem Eimer Wasser, das nur selten gewechselt wurde; ihre haushälterische Nahrung bestand aus Brotkrumen und Spiegeleiern, die sie auf einem Feuer zwischen zwei Steinen braten.

Pelle fand Gefallen an diesem Dasein und war gern unter ihnen. Am Sonntag abend und tranken sie abwechselnd den ganzen Tag, lagen in der rauchgefüllten Scheune, tief in das

Stroh hineingebobrt, und erzählten Geschichten, tragische Geschichten von jüngsten Söhnen, die die Art nahmen und Vater und Mutter und alle Geschwister tödlich, weil sie sich bei der Erbschaft überdort glaubten! Von Kindern, die zum Einsegnungsunterricht gingen und sich liebten und Kinder haben sollten und darum geköpft wurden! Und von Frauen, die nicht die Kinder zur Welt bringen wollten, die ihnen bestimmt waren, und denen deswegen als Strafe der Bauch verschlossen wurde!

Seit er hier zu arbeiten angefangen hatte, war er nicht mehr draußen bei Marie Nielsen gewesen. „Sie hält dich zum Narren“, sagten die andern, wenn er von ihr erzählte — „sie will die Anständigen spielen, damit du anbeißen sollst. Frauen haben immer Hintergedanken — da gilt es auf seinem Posten zu sein. Sie und diese jungen Witwen nehmen lieber zwei als einen, das sind die Allerhöchsten. Man muß schon ein stummer Teufel sein, wenn man denen widerstehen kann.“

Aber Pelle war ein Mann und ließ sich von keiner Frau auf der Nase herumspielen. Entweder war man gut Freund, und dann machte man kein Aufhebens — oder man war es nicht! Das wollte er ihr Sonnabend sagen und ihr sein Kronen auf den Tisch werfen — dann waren sie wohl quitt! Und wenn sie Schwierigkeiten machte, dann konnte sie ja eine Maulschelle kriegen! Das mit der Feuerung, die ausgegangen war, und daß sie dann den Sonntag auf der Straße zubringen mußte, das konnte er ihr nicht verschonen — das sah irgendwo in ihm und brannte wie ein heißer Funke. Sie machte sich auf seine Rechnung zur Mitternacht. — Eines Mittags stand er zusammen mit den Mineuren am Arbeitsplatz; Emil und er waren gerade in der Scheune gewesen und hatten ein bißchen Essen heruntergeschluckt, sie wollten auf den Mittagsschlaf verzichten, um einer großen Sprengung beizuwohnen, die in der Mittagspause, wenn der Hafen leer war, vorgenommen werden sollte. Der ganze Platz war geräumt, die Leute in den umnäht geleerten Häusern hatten die Fenster geöffnet, damit sie nicht vom Luftdruck geprengt würden. Die Mine war angezündet, sie hielten sich im Schutz unter den Steinblöcken und standen da und plauderten, während sie auf die Explosion warteten. „Die Kraft“ war auch da. Er hielt sich wie immer in der Nähe und stand da und atmete mit seinem dumpfen Ausbruch ohne teil an etwas zu nehmen. Sie nahmen sich seiner nicht an, sondern ließen ihn stehen und stehen, wie er wollte. „Dein dich besser, Pelle“, sagte Emil — „nun geht's gleich los!“ „Wo sind Osen und Ström?“ fragte plötzlich einer, sie haben sich verwirrt an.

„Sie halten wohl ihren Mittagsschlaf“, sagte Emil — „sie haben heute vormittags lüchlig geschlafen.“

(Fortsetzung folgt.)

Das deutsche Amerika-Kabel

Vor kurzem ist auf dem Gebiet des internationalen Seekabelwesens ein äußerst wichtiger und bedeutungsvoller Schritt geschehen. Den Norddeutschen Seekabelwerken in der kleinen ostpreussischen Hafenstadt Nordenham wurde durch die Deutsch-Atlantische Telegraphengesellschaft der Auftrag erteilt, das neue deutsche Amerika-Kabel herzustellen und auszuliegen. Dieses Kabel, das über die Azoren geht, ist dazu bestimmt, den Verkehr Deutschlands mit Nord- und Mittelamerika herzustellen. Die genannte Gesellschaft hofft, die neue Kabelverbindung in etwa einem Jahre, also bis Herbst 1926, fertigzustellen. Mit diesem Zeitpunkt würde eine durch den Weltkrieg geschlagene tiefe Wunde des internationalen Verkehrs endlich wieder zugenäht sein.

Es ist nämlich keineswegs das erste deutsch-amerikanische Kabel, das jetzt in einer Länge von rund 9000 Kilometern angelegt werden soll. Bis zum Jahre 1914 bestanden bereits zwei dieser neuen Verbindungen nach den Azoren und von dort nach New York führenden Seekabel. Aber die „große Zeit“ des Weltkrieges brachte es mit sich, daß diese beiden Kabel bei Kriegsausbruch durch die Engländer zertrümmert wurden und damit Deutschland seiner direkten Verbindung beraubt wurde. Der Versailler Vertrag bestimmte dann, daß das eine der mit vieler Mühe und hohen Kosten gelegten Kabel an England und das andere an Frankreich falle. Die Folge war, daß der deutsch-amerikanische Kabeldienst fortan über England gehen mußte und dabei natürlich der englischen Zensur unterlag. Für den wiederzunehmenden deutschen Ueberseehandel und den neuen deutschen Weltverkehr war das nicht gerade angenehm.

In den letzten Jahren haben nun Bestrebungen ein, um sich von dem englischen (vor 20 Jahren gleichfalls durch die Norddeutschen Kabelwerke gelegten) Kabel unabhängig zu machen und ein neues deutsches Kabel zu legen. Nach mehrjährigen Verhandlungen kam endlich zwischen der Deutsch-Atlantischen Telegraphengesellschaft und zwei großen amerikanischen Telegraphengesellschaften ein Vertrag zustande, der als die Grundlage der neuen Kabellinie anzusehen ist. Die amerikanischen Gesellschaften haben sich verpflichtet, ihren gesamten Verkehr nach Deutschland dem neuen Kabel zu überweisen. Ferner war es mit Hilfe dieser Gesellschaften möglich, für das genannte Projekt von einem amerikanischen Bankhaus eine vier-Millionen-Dollar-Anleihe zu einem Zinsfuß von 7 Prozent auf zwanzig Jahre zu erhalten.

Damit waren die schwersten Hindernisse aus dem Wege geräumt, und die Ausführung der Arbeit konnte der Norddeutschen Seekabelwerke übertragen werden. Bei dem neuen Kabel werden alle während der letzten zehn Jahre auf diesem Gebiet gemachten theoretischen Erfahrungen verwirklicht werden. Im Verhältnis zu den Vorkriegskabeln rechnet man mit einer um das Siebenfache vermehrten Geschwindigkeit der Deckschichtverbreitung, so daß etwa 60 000 Wörter in einer Minute befördert werden können. Eine riesenhafte Leistung, die man sich gemeinhin schlechterdings nicht ausdenken vermöge. Dieser Fortschritt wird für den Handel wie für die Journalistik äußerst wertvoll sein.

Die wesentlichen Bestandteile eines Seekabels sind die für die Uebermittlung erforderlichen Kupferdrähte und Guttapercha-Isolierung. Die aus erstklassigem Kupfer bestehenden Drähte richten sich in ihrer Zahl nach der Tiefe des Wassers und der Gestalt des Meeresbodens. Guttapercha ist eine aus Sinacopore in Hinterindien kommende Masse, die dort von den Sundainseleu beschieden wird. Sie wird aus dem Saft von Bäumen gewonnen und ist schon wegen ihres geringen Vorkommens außerordentlich teuer. Da es im Wasser aber nicht nur gewisse Bohrwürmer, sondern auch circa bestimmten Fisch gibt, dem das Venagen der Guttapercha ein besonderes Vergnügen bereitet, so wird die Guttapercha noch mit Weisungsbändern umhüllt. Um dem starken Wasserdruck auf dem Meere gewachsen zu sein, wird die mit

Guttapercha umwrehte Kupferleitung in der Fabrik einem Druck bis zu 650 Atmosphären ausgesetzt. Erst, wenn sie aus dieser letzten Prüfung unversehrt hervorgeht, ist ihre Eignung erwiesen. Zur Ausführung der Arbeiten besitzt die genannte Gesellschaft mehrere Kabeldampfer, deren Aufgabe es ist, vor Beginn der Auslegung des Kabels die Meeresstiefen, Meeresströmungen, die Bodenbeschaffenheit und die auf dem Meeresgrund herrschende Bodentemperatur festzustellen, die ja schon bei Herstellung des Kabels in Rechnung gezogen werden müssen.

Interessieren dürfte es in diesem Zusammenhange noch, daß das erste Seekabel vor jetzt 75 Jahren gelegt wurde, und zwar im Kanal zwischen England und Frankreich. Die Gesamtlänge der heute bestehenden Seekabel beträgt das Fünffache des Umfangs der Erde.

Theater und Musik

Badisches Landes-theater

Erstaufführung: „Kapitän Braubounds Verführung“ von Bernhard Shaw

Ein Abenteuer nennt der Verfasser dieses Stück, und das muß man im Auge behalten, wenn man es sieht. Man hat es nicht mit einem Problem drama zu tun, sondern mit einem Stück leichter Unterhaltungsliteratur. Die Hauptperson ist eine Lady Cicely Maankle, ein hervorragend gezeichnete Frauencharakter. Ihre Wirkung auf die Umgebungen ist die, daß sie alles nach ihrem feinen, klugen Frauenverstand zu lenken vermag, seien es afrikanische Häuptlinge, englische Staatsanwälte, marokkanische Seeräuber oder amerikanische Marineoffiziere. Sie nennt als Geheimnis ihrer Stärke, daß sie nie in jemand verliebt ist. Und doch sind es alle in sie. Sie versteht es, mit den widerborstlichsten Geleuten im Nu auf guten Fuß zu kommen, weil sie alle Menschen mit Milde behandelt, mit Güte und weiblicher Lebenswürdigkeit, nach dem Rezent des Dichters:

„Wer spröde Menschenherzen will erweichen,
Der muß sie mit dem Schmalz der Güte streichen.“

So erreicht sie auch die Umwandlung des Seeräubers Braubound zu einem anständigen Menschen. Das Ganze spielt in Marokko und hat etwas von einer Räubergeschichte an sich. Doch verleugnet sich auch hier nicht der köstliche Ironiker und Gesellschaftskritiker Shaw, dessen fein stilisierte Sätze das Publikum zur höchsten Aufmerksamkeit zwingen. Schade, daß die Uebersetzung von Siegfried Trebitsch etwas holperig klingt, es fehlt der Sprache oft an Glätte, das englische Original scheint noch zu stark durch das Deutsch hindurch.

Das Werk wurde von Herrn Intendanten Volkmann und dem Kapellmeister B. L. D. S. in der besten Weise inszeniert. Bei den prächtigen Bühnenbildern von L. D. S. hörte uns nur die Weimarsche Kapelle des maurischen Zimmers im 2. Akt als ein unerwartlicher Refrain an. Der Chor, eine Gruppe von vorzüglich zusammengesetzten und bei bester Laune. Melanie Ermarth gab von der geistreichen Lady eine köstliche, feinsinnige und bis in die kleinste Nuance ausgearbeitete Ausdeutung. Felix Baumbach, dem man immer gern, aber leider nicht oft auf den Brettern begegnen, schritt aus dem Seeräuber Braubound eine prächtige Mannesgestalt voll Kraft und Selbstgefühl. Herr Höcker, der Oberstaatsanwalt mit der ehrbaren Fassade, war ein echt englischer Typ. Unter den andern Darstellern waren noch mit Auszeichnung zu nennen Herr Krüger als Missionar, Lied als Marineoffizier, Müller, Brand und Gemme als Matrosen. Das unterhaltende Stück fand die beste Aufnahme. Darsteller und Regisseur wurden mehrfach gerufen.

Konzert des Sängerbundes Vorwärts

Als erster der hiesigen großen Männergesangsvereine trat der Vorwärts in dieser Saison am letzten Samstag in der Festhalle an. Er begann mit einem großartigen angelegten Konzert sein fünfunddreißigstes Stiftungsfest. Es werden nicht alle Gesangsvereine, die sich noch diesen Winter hier hören lassen, ein solch adäquates Programm aufzuweisen haben, wie sich der „Vorwärts“ eines auswählte. Die notwendige Kritik, die früher manches zu demangeln hatte, wurde beseitigt. Die vorzügliche Wahl der Chöre fiel nicht auf blendend wirkende „Kanonnen“, wie der neu gewählte Ausdruck heißt, sondern es kamen Chorwerke zur Aufführung, die ob ihrer Gediegenheit zu dem eihernen Bestand der Männerchorliteratur zu zählen sind. Dadurch, daß Rosart und Schubert gejunen wurde, hob sich das Niveau des Konzertes beträchtlich. Der Burgstallerische „Völkermarsch“ stand in der Mitte des Programms. Das Werk ist nachvoll aufgearbeitet. Der Chorleiter des „Vorwärts“ Herr Fuchs hat auf eine fräftige Plastik hingearbeitet und seine vorzüglich disziplinierten Sängere führten verständnisvoll aus, was von ihnen verlangt wird. Die sorgliche Aussprache und das sichtlich Streben, mit Wohlklang zu singen, allen Uebertreibungen aus dem Weg zu gehen, das sind Kardinaltugenden, die auffallen mußten. Dadurch, daß die Sänger des „Vorwärts“, die sichtlich mit ganzem Herzen am Werke sind, ökonomisch verfahren, sparen sie ihre Kräfte bis zu den Höhepunkten auf, die dann mächtig wirken. Besonders wohlklingend klangen die ersten Völkermarsch mit ihrem harmonischen Klangcharakter, der sich aber den leicht und sicher führenden Tönen gegenüber zurückhaltend setzt. Des Valles Grundgewalt, auf die unsere deutsche Sängerschaft stolz war, sang uns nach dem Krieg verloren; denn der göttliche Cambrinus habes das hat nicht mehr die Sängereleben. Die rhythmische Sicherheit, mit der vorgetragen wurde, die sich sehr natürlich und leicht gab, ließ ebenfalls auf reichliches Studium schließen. Die großzügige Schwungvolle Ausdeutung des Wertes hinterließ einen starken Eindruck. Auch bei den übrigen Chören konnte man das Durchklingen mancher schönen Stimmen feststellen, es zeigte sich bei den kleinen Sätzen kultivierter Klang und bei den polyphonen Stellen eine durchsichtige Führung der Melodie.

Erfreulicherweise nahen sich die Solisten bei der Auswahl ihrer Werke in das Programm ein. Die Züricher Dramatikerin Frau Verena Jara Händel und Regier. Die Künstlerin hat eine auf einen weichen Ton gestellte klare Stimme. Trotzdem das Organ nicht sonderlich voluminös ist, trägt es in unermesslichem Raum auf. Vielleicht war der Standort oben an der Orgel nicht ganz günstig, denn sobald Frau Verena ihre feinsten Register in den Dienst ihrer Kunst stellte, beispielsweise bei Rogers „Wiegenlied“, ging der Klang für die meisten Hörer verloren. Herr Direktor Philipp sah an der Orgel und entschied mit seinem feinsten Gehör, das in atemloser Spannung laufende Publikum. Er erreichte Herr Jaeger mit seinem vollkommenen Gesangsorgan. Das Händelsche Largo mit einer charakteristisch registrierten Begleitung, verfehlte die Wirkung auf die empfindlichen Gehörmüher nicht. Alle Darbietungen des in allen Teilen harmonisch verlaufenden Konzerts fanden lebhaften Beifall.

Karlsruher Chronik

Karlsruhe, 20. Oktober

Geschichtskalender

20. Oktober: 1890 Erste Vorstellung der Berliner „Freien Volksbühne“. — 1923 Bayern bricht die Reichsverfassung. — 1923 Gründung der Deutschen Rentenbank.

Parteinachrichten des Soz. Vereins Karlsruhe

Bezirk Beiertheim. Karten zur Scheidemann-Maxum-Berammlung am Donnerstag, 22. Oktober in der Festhalle sind bei Gen. B. Müller zu haben.

Bezirk Weststadt. Der Rest der Flugblätter kann am Dienstag abends um 8 Uhr im Lokal „Unter den Linden“ abgeholt werden und sollen im Laufe der Woche noch ausgetragt werden. Parteigenossen und Zugsblinde an die Arbeit!

Wie steht es mit dem billigen Gefrierfleisch?

Zu unserm Artikel unter vorstehender Ueberschrift in Nr. 236 unseres Blattes erfahren wir von zuständigen Stellen, daß ein allgemeines Verbot der Verarbeitung von Gefrierfleisch zu Würst nicht erlassen ist. Es ist lediglich in dem Ermessen der Gemeindebehörden gestellt, ein derartiges Verbot zu erlassen. In Karlsruhe hat man von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht, aber nicht, um unberechtigten Sonderinteressen zu dienen, sondern um zu verhindern, daß verbilligtes Gefrierfleisch in Form von feiner Würst in die Hand des Verbrauchers gelangt. Denn das eine wird jedermann klar sein: Darf Gefrierfleisch zu Würst verarbeitet werden, so ist eine Kontrolle, ob alle Würst aus solchem Fleisch auch entsprechend billig abgegeben wird, so gut wie unmöglich. Daher lieber Verzicht auf billige Würst und dafür die Gewißheit, daß alles verbilligte Gefrierfleisch auch zu verbilligten Preisen den Verbrauchern zugute kommt.

Im übrigen wird Gefrierfleisch zu ermäßigten Preisen in den nächsten Tagen hier zum Verkauf gelangen. Vielleicht weicht es auch, die Regierung zu demessen, im Interesse einer weiteren Preisermäßigung auf den sogenannten Absatz bei Gefrierfleisch zu verzichten.

Nun wissen wir also, wie es mit dem Verkauf von Gefrierfleisch im Karlsruhe gehandhabt wird. Wie aus dem Schreiben der zuständigen Stelle hervorgeht, gibt es in Karlsruhe keine Gefrierfleischwürst aus den oben angegebenen Befürchtungen, die natürlich zu würdigen sind. Aber trotzdem wäre es schließlich möglich gewesen, auch billige Gefrierfleischwürst an die Bevölkerung abzugeben, denn es besteht nicht nur ein Verlangen nach billigem Gefrierfleisch, sondern auch nach billiger Würst.

Frauenforderungen und Landtagswahl

Ueber dieses Thema referierte gestern abend im „Friedrichshof“ in einer von der Frauenktion der Sozialdemokratischen Partei Karlsruhe veranstalteten öffentlichen Wählerinnenversammlung Frau Dr. phil. Hölzl (Freiburg). Die Referentin, jede rhetorische Verschönerungen ihrer Darlegungen vermeidend, sondern klar, eindringlich, Tatfache an Tatfache mit zwingender Logik aneinanderreihend und zu einer wichtigen Forderung gegen die bürgerliche Gesellschaft die gesprochenen Worte gefaßt, witzte sehr possitiv in dem Sinne, das sehr zahlreich anwesenden Frauen wohl sehr eindringlich zum Bewußtsein gekommen ist, daß am nächsten Sonntag für sie nur die Sozialdemokratie als zu wählende Partei in Frage kommen kann. Zuerst, ohne Zwischeneinleitung wurde aufmerksam dem Referat gefolgt. Genossin Stadträtin Müller leitete die Versammlung. Frau Dr. phil. Hölzl (Freiburg) bot ihre Ausführungen in folgenden gedanklichen Konzentrationen den Frauen dar:

„Am kommenden 25. Oktober hñat es in Baden davon ab, ob weiterhin demokratisch, republikanisch regiert werden soll. Die Steuerpolitik der Reichsregierung hat den unbehaglichen Zustand nicht beseitigt, daß die Lohn- und Gehaltsempfänger den übermächtigen Teil der Steuern aufbringen. Der Reich ist steuerlich fast in keinem Staate unleres Kometen so gefolgt wie in Deutschland. Bei der Lohnsteuer gelang es in den Sozialdemokraten, wenigstens eine geringfügige Verbesserung gegen die geschlossene Front des bestehenden Bürgertums durchzusetzen. Die Politik der Reichsregierung, der Vertreterin des Bürgertums, ist gegen die breiten Volksschichten, für den Reich einseitig. Diejenigen, die früher am lauteften nach der Freiheit geseht haben, sind jetzt ebenso so taftträtig und nur besimmt die Reichsregierung mit ganz unauglichen herbeizuführen. Viele Blätter des Bürgertums haben entsetzt die Sozialpolitik der Zentrum-Reichsregierung verurteilt. Die unjosephliche Wirkung der Zölle, besonders in den Abgängen zum Austritt aus der Zentrumsfaktion, die Rechtsparteien, die sich nach der gemeinen und schamlosen Seite gegen die Erfüllungspolitik betreibenden Sozialdemokraten und Demokraten und demokratischen Republikaner in letzter Zeit ganz zu Erfüllungspolitikern gewandelt haben, entstehen ihren eigenen Worten und Taten jeden selbstgeleiteten Untergrund.

Sich der bürgerlichen Politik amwendend, riefte die Referentin den Abbau des Arbeitsministeriums. Die Gebäudebrände und Schulpolitik fand in ihren Worten eine eindringliche Behandlung. Die Volksschulzerziehung muß gediehe leider eine Schöpfung der höheren Lehranstalten und Belange der Volksschule brachte. Die Sozialdemokratie tritt für die Simultanschule ein. Wir wünschen Gewissensfreiheit und wenden uns gegen jeden Mißbrauch der Religion. Kann es das Zentrum politisch rechts und links sich orientieren, so wähle immer rechts. In einem beneideten Verhältnis für den Sozialismus, für die Demokratische Republik kann das Referat auf.

Ohne Ausnahme konnte die Versammlung geschlossen werden. Genosse Buchhändler Kraus leitete in kurzen Worten die Notwendigkeit einer guten Frequenz der Volksbuchhandlung dar, und forderte zum Abonnement der „Frauenwelt“ auf.

Eine deutschnationale Kampfanlage gegen Luther

Der sogenannte „Rechtsblock“, bestehend aus deutschnationalen und bündischen, hatte am Sonntag nachmittags in einer öffentlichen Wählerversammlung im großen Festsaal eingeladen, zum zur nächsten Wahl aufzufahren hatte; der Saal war fast bis zum Platze besetzt. Und wenn die evangelischen Vereine und Institute die Veranstaltung mit dem angeführten Verneinung des berühmten deutschnationalen Pastors D. Traub nicht als eine Art „Mission“ betrachtet hätten, und nicht ganze Schwärme junger Mädchen geschlossen in die Versammlung geföhrt hätten, wäre es noch weniger gewesen. Die wenigen Besucher wiesen sich aber überzeugend, daß der streitbare Pastor noch der alte lutherische Herr Schwarz-weiß-roter Couleur ist. Gleich im

ersten Teil seiner Rede tief er Sturm gegen die Umschüngen in Bayern und jagte der Regierung Luther den Kampf bis aufs Messer an. Er bezeichnete es einfach als unerträglich, daß eine Regierung, an deren Spitze ein Hindenburg steht und in der selbst deutschnationale lösen, solche Schmach auf sich nehmen. Die deutschnationale Partei werde die nötigen Maßnahmen daraus ziehen. Man darf also neugierig sein, wie die Kunde von Locarno von den deutschnationalen ausgeliefert werden wird. Im übrigen ist dieser merkwürdige Gottesmann gegen den Passivismus; er hat dieses Wort, wie er jagt, und will wieder eine große deutsche Armee haben, die allein den Frieden von Europa garantieren kann. Der streitbare Herr Pastor hat anscheinend vergessen, daß wir schon einmal eine große Armee hatten, die größte sogar der ganzen Welt, die anscheinlich auch den Frieden garantieren sollte. Was gekommen ist, wissen alle.

Des Ferneren vertiefte sich der Herr zu der Behauptung, die Parlamente hätten keine Verantwortung mehr. Was wir brauchen, sei eine starke Monarchie, als Träger der Verantwortung Gott gegenüber, was wir übrigens in Wilhelm d. Dritten ebenfalls schon mit großem Erfolge gehabt haben. Im Anschluß hieran leistete sich der Herr eine dreifache Verhöhnung des Reichsherrn Schwarzkopf, indem er immer von „Schwarz-Kopf-Geld“ sprach. Eigentlich hätte er sich, wie er sagte, es sehr überlegt, in der Festhalle zu sprechen, nachdem er die mit den neuen Reichsfarben geschmückten Wappen in Saale gesehen habe. Glücklicherweise hat er sich die Sache aber nochmals überlegt, jedoch mit nicht um den Genuß dieser Gottesleuchte gekommen sind.

Während er so sprach, drang von der gegenüberliegenden Ausstellungshalle das Schmetterschlag des kommunistischen Frontkämpfer-Kamrads zu uns herüber. Es waren die politischen Karren der anderen Seite.

Mieter!

Dienstag, 20. Oktober 1925, abends 8 Uhr, im unteren Saale des Kaffee-Hauses, Gillingstraße, Mieter-Versammlung. Thema: „Die Behandlung der Mieterfragen durch die politischen Parteien im badischen Landtag“. Referent: Herr Franz Kippner, Wertheimer a. D.

Da bei den diesmaligen Wahlen auch die Interessen der Mieter öffentlich besprochen werden müssen, ladet die Mieter-Vereinigung sämtliche Mieter zu zahlreichem Besuch höflichst ein.

Falsche Reichsbanknoten zu 20 Reichsmark

In mehreren Städten Norddeutschlands sind falsche Reichsbanknoten zu 20 Reichsmark der Ausgabe vom 11. Oktober 1924 aufgetaucht. Die Falschstücke haben ein verhältnismäßig gutes Aussehen. Die Falschstücke sind auf der Vorderseite der Vorderseite der falschen Note sind auf den Besizer gerichtet, während auf der rechten die Augen am Besizer vorbeiziehen. Die Nase ist breit und sattelförmig, auf der rechten ist sie gerade. Mund und Kinn sind verschwommen, die Unterlippe ist nicht erkennbar, während auf der linken Mund und Kinn sehr ausgeprägt sind und die Unterlippe deutlich erkennbar ist. Die Falschstücke sind auf den Falschstücken aufgeföhrt und leicht abzuheben. Auf die Erzeugung der Falschstücke ist eine Belohnung von 6000 Reichsmark ausgesetzt. Es wird gebeten, Verrückter der falschen Noten der Polizei zu übergeben.

Der Gräberbesuch in Elsaß-Lothringen

Mit Bezug auf die bereits in der Presse erschienenen Mitteilungen wird für den Gräberbesuch an Allerheiligen im Elsaß-Lothringen noch auf folgendes hingewiesen: Die Ausstellung der auch für dieses Jahr französischerseits bewilligten Sonderausweise erfolgt entweder durch die französischen Konsulatsstellen auf den Grenzabständen Palmrain, Neuenburg, Weisloch, Rehl und Wintersdorf oder auch durch das französische Konsulat in Karlsruhe. Die vom Konsulat erhobene Gebühr beträgt 2,00 RM. Im Interesse einer bestmöglichen Unterlegung kann auch unter Beifügung der erforderlichen Unterlagen und der Gebühren die Vermittlung der Bezirksämter in Anspuch genommen werden, welche die erforderlichen Ausweise einholen und den Gesuchstellern ausändigen. Es ist jedoch voranzusehen, daß die Anträge bei den Bezirksämtern spätestens am 23. Oktober 1925 gestellt werden. Später einlaufende Anträge können von den Bezirksämtern nicht mehr angenommen werden, sondern müssen unmittelbar bei den genannten Konsulatsstellen oder bei dem Konsulat in Karlsruhe gestellt werden. Bei dem zu erwartenden starken Andrang ist es dringend wünschenswert, daß die Anträge möglichst frühzeitig gestellt werden.

(1) Ein Fleischpreisabschlag tritt nach Mitteilung der Metzgerinnung mit Wirkung vom 20. Oktober ein und zwar bei Rindfleisch um 2 Pf., und bei Kalbfleisch um 10 Pf. je Pfund. Somit kostet 1 Pfund (mit Knochen) Rindfleisch 1. Güte 1.24 M., Rindfleisch 2. Güte 1.00—1.10 M., Kalbfleisch 0.74—0.86 M., Kalbfleisch 1.40—1.50 M. — Trotz des Abschlags sind die Preise immer noch höher wie vor dem 1. August.

Badisches Landestheater. Die nächste Dornrochzeit des Landestheaters, Puccini's „Gianni Schicchi“, geht am Mittwoch, 21. Oktober unter musikalischer Leitung von Dr. Heins Knoll in Szene. Die anschließend in Szene gehende Operette „Die schöne Galathee“ wird von Kapellmeister Alfons Rißner dirigiert. Die jeweilige Leitung des Abends liegt in Händen von Oberregisseur Otto Kraus.

(Die Galerie Moos (Kaiserstraße 187) eröffnete eine neue Ausstellung mit Gemälden von Paul S. Wehrle, Karlsruhe und Siegfried Ziegler, München, sowie Aquarellen von Ernst Kieser, und Pastellen von Walter Ribb. Die Plastiken-Ausstellung von Fritz Werner ist verlängert und durch ein weiteres Werk ergänzt worden.

Karlsruher Polizeibericht vom 20. Oktober

Verkehrsunfall. Gestern nachmittags fiel ein 58 Jahre alter Schneider in der Kaiserallee beim Ueberfahren der Bahnhahn in angestrunkenem Zustand gegen das Motorrad eines hiesigen Mechanikers, wurde umgefahren und am Bein verletzt, sodas ihm auf der Polizeiwache Mühlburgerstr. ein Notverband angelegt werden mußte. Der Motorradfahrer erlitt eine Armverletzung.

Verhaftungen wurden: Eine hier wohnende Kaufmanns-gattin aus Ettlingen wegen Diebstahls, ein Bäcker von Graubens, der vom Oberstaatsanwalt in Oberrhein wegen Unterschlagung geföhrt wurde, ein vom Oberstaatsanwalt in Detmold wegen Diebstahls zur Vernehmung ausgeschriebener Kaufmann von Schleswig, ein noch jugendlicher Schuhmacher von München wegen verdorbenen Waffentragens, ein 18 Jahre alter Burche aus Mingsheim, der seinen Eltern entlaufen war und sich umhertrieb, 3 Personen wegen Verletzungen gegen die Festbestimmungen, ferner 10 Personen wegen beschuldener sonstiger strafbarer Handlungen.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

für Mittwoch, 21. Okt.: Regenfälle bei südwestlichen Winden.

Aus den Vororten

Küppur. Auf die am Freitag abend 8 Uhr im „Säb-ringer Löwen“ stattfindende Wählerversammlung in Lunz, machen wir wiederholt aufmerksam. Die Bewohner von Küppur und der Gartenstadt sind hierzu freundlich eingeladen. Die Genossen werden gebeten, eifrig für einen guten Besuch zu werden. Als Redner ist Bürgermeister S. d. Gredingen gewonnen worden.

Wasserstand des Rheins

Schutterinsel 105, gef. —; Rehl 196, gef. 1; Maxau 376, gef. 7; Mannheim 254, gef. 5 Zentimeter.

Berliner Devisennotierungen (Mittektur).

	17. Oktober		19. Oktober	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam	100 G.	168.63	169.05	168.63
Italien	100 G.	16.895	16.935	16.69
London	1 Sd.	20.302	20.352	20.302
Reims	100 Fr.	4.195	4.205	4.195
Paris	100 Fr.	13.82	13.85	13.47
Brag	100 Kr.	12.422	12.462	12.46
Schweiz	100 Fr.	80.80	81.00	80.79
Spanien	100 Pes.	60.22	60.48	60.22
Stockholm	100 Kr.	112.16	112.44	112.16
Wien	100 Schilling	59.13	59.27	59.13

Aus der Stadt Durlach

Durlach. „Freundschaft“. (Sozialistische Kindergemeinschaft.) Mittwoch, 21. Okt., nachmittags 2.30 Uhr Zusammenkunft der Mitglieder aus den 7. und 8. Klassen bei Genossen Stiegele.

Briefkasten der Redaktion

F. B. Auenheim. In Deutschland erhalten Ausländer ebenfalls Erwerbslosenunterstützung, wenn die Staaten, deren Staatsangehörigkeit die Erwerbslosen besitzen, das Jagen. Vergeltungsrecht eingeföhrt haben, d. h. das auch sie Erwerbslosenunterstützung an Deutsche verabfolgen. Es erhalten demnach in Deutschland die erwerbslosen Angehörigen folgender Staaten Arbeitslosenunterstützung: Tschecho-Slowakei, Italien und Österreich. Nicht unterstützungsberechtigt sind: Rußien, Frankreich, Belgien, Engländer usw.

Veranstaltungen des heutigen Tages

Bad. Landestheater: „Manfred“. 7½—9¼ Uhr.
Kaffee-Haus: abends 8 Uhr Mieterversammlung.
Rehden-Lichtspiele: Frauen-Feinde, Felix unter Fimbleuten, Im Stiefel der Wria.
Palast-Lichtspiele: „Luzernerischen“, „Fix und Fax kommen auf den Hund“, „Ufa-Modenschau“.
Kolosseum: Täglich abends 8 Uhr „Darm ums am Rhein so schön“.
Kaffee-Haus: Konzert, mittags und abends.
Landesgewerbeamt: Betriebstechnische Ausstellung vormittags von 9—12 Uhr und nachmittags von 2—6 Uhr.
Friedrichshof: Abends 7 Uhr Konzert.
Welfino: Hyänen des Meeres. Seines Glückes Schmied. Er unter Seeräubern.

Bereinsangeiger (Werkschäftsstellen) Morgen Mittwoch abend 8 Uhr Kartellung im Gasthaus am „Lamm“. Erscheinen aller ist wichtig.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle. Dr. Julius Blume, Bezirksarzt a. D., Ehemann, alt 79 Jahre. Ferdinand Hana, Bildhauer, Ehemann, alt 74 Jahre. Anton Klettenheimer, Maschinenarbeiter, Ehemann, alt 70 Jahre. Karoline Fischer, alt 65 Jahre, Ehefrau von Ludwig Fischer, Eisenbahn-Sekretär a. D. Schmidt Häubermann, 17 Jahre alt, Dienstmädchen, ledig. Elise Löfer, 57 Jahre alt, Ehefrau von Karl Löfer, Schuhmachermeister. Georga Welber, 70 Jahre alt, Hofoffiziant a. D., Ehemann.

Sarte, empfindliche Wäschstücke, die besonders schonend behandelt werden müssen, pflegt man am besten mit Persil. Die Persilwäsche reinigt selbständig. Der Schmutz löst sich ohne dieses Reiben aus dem sarten Gewebe, und Form und Farbe werden geschont. Für wollene und farbige Sachen nimmt man am besten eine einfache kalte Persilwäsche.



... und beim Anrichten noch einige Tropfen **MAGGI'S Würze**

Die neuesten Stoffe
für
Kleider - Kostüme - Mäntel

in
Wolle - Sammet - Seide
in unvergleichlicher Auswahl und stets billigen Preisen

Leipheimer & Mende

Spezialgeschäft für Stoffe

Warme in bekannt guten
Winter- preiswerten
Qualitäten!
Wollwaren

Extra-Angebot:

1 Posten reinwollene
Damen- u. Kindermützen
Mk. 1.85, 1.30, 0.85, 0.50

Sportwesten Besonders vorteilhafte
Preislagen
für Damen und Herren Mk. 14.50, 12.50
reine Wolle und Wolle mit Kunstseide 10.50, 8.50

Warme Schlupf-
u. Reformhosen
für Damen und Kinder

Kinder-Westen
reine Wolle Größe 1
von Mk. 4.90 an

Julius Strauß
Modewaren Kaiserstr. 189

WELT-KINO
KAISERSTRASSE 133

Ab heute bis einschließlich Montag



Hyänen des Meeres

Die sensationellen Abenteuer einer Küstenwache
des Stilleen Ozeans nach wahren Erlebnissen des
berühmten Schriftstellers Jack London

8 Akte voll Spannung und Sensationen.

Ferner:

Seines Glückes Schmied

2 Akte mit **Buster Keaton**

Außerdem:

Er unter Seeräubern

2 Akte mit **Harold Lloyd**

Beginn der Vorstellungen: Werktags 4 Uhr, Sonntags 2 Uhr
Kasseneröffnung eine halbe Stunde vorher

Berücksichtigen Sie die Nachmittags-Vorstellungen



Wenn Sie mich fragen -

dann sage ich Ihnen: Benutzen
Sie zur Pflege Ihrer Schuhe
das, was Millionen kluger Haus-
frauen tagtäglich gebrauchen: die
altbewährte Schuhereme Erdal.

Erdal

Die Normaldose schwarz 25 Pfg.

Ämtliche Bekanntmachungen

Landtagswahl 1925 betr.
Auf Grund der §§ 29, 30, 41 Riffers Pol.-Str.-
G. v. 1898, §§ 10, 307 Riffers Pol.-Str.-G. v. 1898
für die Zeit vom 20. bis einschließlich 31. Ok-
tober 1925 folgendes berichtet:

§ 1.
Den Teilnehmern an Versammlungen, Aufzügen
und Kundgebungen jeder Art ist es untersagt, Schuß-
waffen oder die Waffen mitzuführen.

§ 2.
Propagandaablagen dürfen nur einzeln (in einem
Stück von mindestens 300 m) und nur in der Zeit
zwischen 11⁰⁰ Uhr vormittags bis 5⁰⁰ Uhr nachmittags
getragen und sich weder vor, während oder nach der
Gahrt an irgend einem Punkte der Stadt sammeln.

§ 3.
Die in § 1 genannten Waffen, fernere Ketten,
Schauer, Schlaghüte, Seeme oder andere zum Verfein-
ern geeignete Gegenstände dürfen auf Propagandaablagen
nicht mitgeführt werden.

§ 4.
Zahl- und Fortbewegungspflichtigen ist die
Teilnahme an Propagandaablagen untersagt.

Propagandaablagen sind am Tage vor der Ver-
sammlung unter Bezeichnung des Eigentümers, des
Trägers und einer für das Verhalten der Beilage
verantwortlichen Person sowie der Nummer des Fah-
rens der Polizeidirektion schriftlich zu bezeichnen.

§ 5.
Angehörige der Polizei gegen die Bestimmungen
dieser Verordnung werden mit Haft bestraft.
Karlsruhe, den 19. Oktober 1925. O. J. 153
Bad. Bezirksamt - Polizeidirektion A.

Leset den Volksfreund!

Residenz-Automat
Café **EX** presso
Altbekanntes Imbiss-Halle
Karlriedrichstr., neben Hotel Germania

Neu renovierte Lokalitäten / Ausschank
biesiger und Münchener Biere / Café
und Konditorei.

Um freundlichen Besuch bittet
5646 **Richard Sommer.**

Große Auswahl
bester
Sollinger Taschenmesser
Rasiermesser, Rasierapparate,
Rasierstentillen

Haar- und Bartschneidemaschinen
Scheren aller Art, Nagelpflege-
Artikel
Fischbestecke, Tranchiermesser
Löffel
Geschenkartikel. - Günstige Preise

Geschw. Schmid
Kaiserstrasse 88, Nähe Marktplatz.
Einschlägige Reparaturwerkstätte
und Feinschleiferei.



In 30 Minuten
Ihre **Postbild**
nur im Photogr. Atelier
Kaiserstr. 50, Eing. Oberstr.

Wo? Schreib- und
Reparaturen?
Werderplatz 40.

Matragen, Bettzüge
Chaiselongues, Divans
hat billigst abzugeben
Schroderstr. 28
Chaiselongues
neu, gutgeord. b. 35.4 an
Schüler, Schägerstr. 25

EINE FESTGABE
1926
NEUEWELT
KALENDER
50. Jahrgang (Jubiläumsausgabe)
88 Seiten stark. Reich illustriert. Vielseitiger
literarischer Inhalt edler volkstümlicher Art.
Beste Druckausstattung. - Gratisbeigaben:
ein Wandkalender und ein künstlerisches
Offsetbild in sechs Farben nach einem Aquar-
rell von Franz Beck. - Preis 80 Pfennig.
Zu haben
Volksbuchhandlung Karlsruhe
Adlerstr. 43 Telefon 3701

80 Jahre alt ist an
Justus
wird
Zur Schaffung mit
Obermeyer's Original
H. A. S. S. S. S.
erzichte ich meine Gedichte,
die ich in 10. Bd. der
St. 21. - 25. 2079 verfasst
ist. - Zur Freude der
Herbäume bei zu empfehlen.
zu haben in allen Buchhand-
lungen und Verlagen.

**Auf Aller-
heiligen**
Schwarze
Mäntel, Kostüme,
Kleider, Röcke,
Blusen.
Auch für sehr starke
Frauen. 5780

Daniels
Konfektionshaus
Wilhelmstraße 36, 1 Tr.
Keine Ladenspesen.

**Damen- und
Bettwäsche**
für 2 Marc
pro Woche. Extra An-
fertigung. Handmacher-
ware. Versand nach Fertig-
stellung, auch Teilzahlung.
Bestellung 2 Mk. als erste
Rate beifügen.
Näheres bei
5788
Christ, Rheinfr. 59

Rastatter Anzeigen.

Grundstücks-Verpachtung.
Die Stadt Rastatt verpachtet am
Mittwoch, den 21. Oktober ds. Jrs., vorm. 8 Uhr,
mit Zusammenkunft beim neuen Friedhof (Nordseite)
die Acker und Wiesen in den Gehöften Biblis,
Niederfeld und Hofsheimsdorf. Ferner am
Donnerstag, den 22. Oktober ds. Jrs., vor-
mittags 8 Uhr, mit Zusammenkunft an der Rastatt-
Kaserne bei der Firma Ebelsperle die Acker
im Hoffeld und früheren Rastattbesitz. Am
gleichen Tage, nachmittags 3 Uhr, mit Zusammen-
kunft bei der Rastattschwimmhalle die Acker im Weine,
am Freitag, den 23. Oktober d. Jrs., nach-
mittags 1/2 3 Uhr, mit Zusammenkunft bei den
Esterlenwerken (Wehlerstraße), die Acker im Wösch-
feld, und nachmittags 5 Uhr mit Zusammenkunft
beim Wöschfeld an der Steinmayerer Straße einen
Acker im Wöschfeld und 3 Acker in den Wöschern.
Die Verpachtung bezieht sich nur auf die Grund-
stücke, deren Sachzeit auf Martini 1925 abläuft.
Rastatt, den 19. Oktober 1925. 2067
Der Oberbürgermeister.

Die Ausgabe der Witterpatete findet am
Mittwoch, den 21. ds. Mts. nachmittags von 3 bis 4
Uhr statt. 2068
Bürgermeisteramt Rastatt.

Zur Aushilfe
suchen wir einen schreibgeschickten Mann, der im
Zun- und Aufendienst (Krankentransporte) Berufen-
dung finden soll. Derselbe muß tüchtiger Radfahrer
sein und eigenes Fahrrad besitzen. 1024
Berichtliche Vorstellung soll zuerst unterbreiten.
Für feilschreibende Offerten mit Lebenslauf sind
einzureichen bei der
Allgemein. Ortskrankenkasse Rastatt-Stadt
Ludwigsring 22.

Arbeiter! Werbet für Euer Zeitung!

Clubmöbel
Garnituren u. einz. Sessel
in Stoff und Leder.
Kammerer
Kaiserstr. 26, Tel. 4388



